

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr nichts,
Vereint seid Ihr alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)

Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O.-27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch direkte und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Petitzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Weststraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 31. Auflage 64 000 Chemnitz, Freitag den 4. August 1905. Auflage 64 000 17. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Bandwebern in Aresfeld (Gebrüder Kluge), Deckenwebern in Dölan (Kahle), Spinnern und Webern in Greven (Mechanische Spinnerei und Weberei von Bielerack & Co.), Kammgarnspinnern und Anlegern in Mühlhausen i. S., in Rowawes-Neuendorf (Berlin-Neuendorfer Kammgarnspinnerei), Filzwebstern in Roth a. S. (Sind), Baumwollwebern und Spinnern in Redartenzlingen (Melschior & Co.), in Urach (Loize), Färberei- und Appreturarbeitern in Glauchau-Weerane, Gera, Reichenbach i. V., Postamentierern in Berlin, Bandwirkern in Schwelm (Karl Hinneberg & Sohn).

An die Ortsverwaltungen.

Es ist in letzter Zeit vielfach vorgekommen, daß in verschiedenen Zahlstellen mehr Zeitungen bezogen werden, als Mitglieder in der Zahlstelle vorhanden sind. Die Ortsverwaltungen sollten doch wissen, daß wir jede Zeitung zu bezahlen haben. Wenn nun unnötigerweise Zeitungen bezogen werden, welche die Hauptkasse bezahlen muß, so ist dies nichts weiter als eine Vergeudung der Verbandsgelder.

Sollten einmal für die Agitation eine größere Anzahl Zeitungen erforderlich sein, so braucht sich die Ortsverwaltung nur mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu setzen, und es kann eine einmalige größere Zulassung von Agitationszeitungen erfolgen.

Dauernd mehr Zeitungen zu beziehen, als Mitglieder vorhanden sind, ist auf jeden Fall unzulässig. Die Ortsverwaltungen werden somit dringend ersucht, die Zeitungen gemäß der Mitgliederzahl entsprechend zu bestellen; tritt ein Rückgang in der Mitgliederzahl ein, so sind die Zeitungen für die abgetretenen Mitglieder abzubestellen.

Sollte dieser Hinweis nicht den gewünschten Erfolg haben, so würden wir die Ortsverwaltungen resp. die Lokalkassen für die unnötigerweise entstehenden Kosten haftbar machen.

Für die Verbandsverwaltung.
C. Süßk.

Das Mitglied Theodor Grodhäuser, geboren am 24. November 1859 zu Ruffin in Böhmen, in den Verband eingetreten am 26. März 1905, Stamm-Nr. 293 082, war in Triebes Unterkassierer und ist von da unter Minusnahme von 17,20 Mk. Verbandsgebühren abgetreten. Grodhäuser scheint nach Österreich gereist zu sein; sollte er jedoch in einer Zahlstelle bei uns aufzuweisen, so ist dem Verbandsvorstande sofort Meldung zu machen. Das Mitgliedsbuch ist ihm abzunehmen.
C. Süßk.

Wir geben hiermit nachstehend alle Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften bekannt, welche bis dato die Abrechnung für das 2. Quartal 1905 noch nicht an die Hauptkasse eingesandt haben und fordern dieselben zu gleicher Zeit hiermit zur sofortigen Zusendung der fälligen Abrechnung auf.

Sachsen.

Auerbach i. V., Annaberg, Dresden, Dobritz, Elbenstod, Grodhäuser, Grodhäuserdorf, Hohenstein, Hartha, Hundshübel, Kadisch, Kirchberg, Meerane, Wittweida, Wilschdorf, Mühlau, Neu-Elbenberg, Ohsch, Planen i., Penig, Schneberg, Thalheim, Wolkensburg, Wiederau, Zwidau.

Baden, Elsaß, Württemberg.

Beggingen, Bühl, Cannstatt, Emmendingen, Ebingen, Geisweiler, Rosheim, Neulingen, St. Ludwig-Süningen, Ruchen, Münster i. S., Salach, Waldkirch.

Bayern.

Selmbrechts, Rempten, Erlangen, Münchberg, Naila, Dffingen, Weiler.

Rhein- und Westfalen.

Neuwerth, Süßeln, Dallen, Trier.

Preußen.

Barmen, Blombacherbach, Bedader, Dangelstorf, Münster i. W., Schwelm, Wermelsdorf, Bielefeld, Bocholt, Beuel, Gütersloh.

Schlesien.

Breslau, Bunzlau, Freiburg, Hirschberg, Langenbielau, Sagan, Schwelbitz.

Brandenburg.

Lübben, Spremberg, Sommerfeld.

Nordwest-Deutschland.

Ishoe, Otterfien.

Bayern, Thüringen.

Altenreudorf, Salza, Zeulenroda, Reichenbach i. V., Chemnitz.

Im Auftrage des Vorstandes:
Georg Treue, Kassierer.

Die Lohnbewegung der Färberei- und Appreturarbeiter in Glauchau, Meerane, Gera, Greiz, Reichenbach i. V. u.

Zu einer Einigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern ist es nicht gekommen. Daran sind nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer schuld, die nur auch die Verantwortung für die weiteren Folgen ihres Starrsinns tragen müssen. Was die Unternehmer den Arbeitern boten, war der reine Hohn. Hier kommt wieder der alte Erfahrungssatz zur Geltung, daß dem, der wenig fordert, noch weniger geboten wird. Sollen die Arbeiter der betreffenden Branchen sich schon öfter so lebhaft gerührt, wie sie es jetzt tun, und hätten sie schon öfter in Anbetracht ihrer vormärzlichen Löhne und der daraus sich ergebenden elenden Lage öfter, und zwar höhere Forderungen gestellt, würde man vielleicht nicht gewagt haben, ihnen Anerbietungen zu machen, die sie als Beleidigung empfunden hätten. Möglich auch, daß wieder ein Schlag gegen den Textilarbeiterverband beabsichtigt ist und daß man den Arbeitern absichtlich so geringe Zugeständnisse machte, um die angebrochene wesentliche Aussperrung auch ausführen zu können. So handelt eine Unternehmerorganisation, der Färberei-Ring, die sich erst vor mehreren Jahren zu dem Zwecke gegründet hat, für ihre Mitglieder von den Webwarenfabrikanten höhere Färbelöhne zu erzielen, was ihr auch tatsächlich gelang! Und die Webwaren-Organisation kommt ihr zu Hilfe, vielleicht, um auf längere Zeit von dem mächtigen Färberei-Ring mit Lohnverhöpfungsforderungen selbst verhöhnt zu bleiben. Man sieht, die Herren wissen ihre Kräfte gegeneinander abzuwägen; sie bewahren sich gegenseitig eine Solidarität, gegen die sich die in diesem Falle gleichfalls glänzende Arbeiter-Solidarität standhaft wehren müssen, will sie über die des vereinigten Unternehmertums den Sieg davontragen. Dazu sind aber die Arbeiter gewillt. Die Begünstigung auf ihrer Seite und die unverbrüchliche Einigkeit, mit der sie in den Kampf ziehen, die Disziplin, mit der sie bis zu dem Augenblick im Betriebe aushalten, wo es der Unternehmer für an der Zeit hält, sie brutal auf die Straße zu legen, weil sie dieselben tödlichen Eigenschaften befehlen wie das Unternehmertum — alles dieses zusammen muß die Arbeiter zum Siege führen.

Lumpige 60 Pfg. pro Woche wollen die Unternehmer zulegen, sodas der Minimallohn auf ganze 14 Mark gestiegen wäre, statt der 15 Mark, die von den Arbeitern gefordert wurden. Alle anderen Forderungen der Arbeiter, die, wie immer wieder betont werden muß, von dem nicht dem Ringe angehörigen Färbereibewilligt worden sind, waren den Prohen vom Färberring unbestimmbar. Die unerhörte Anmaßung der Unternehmer kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie ganz formell durch ihre Organisation verhandeln, die bei der Streikfrage bisher ganz unbeteiligten organisierten Webfabrikanten zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, dagegen sich aber weigerten, daß Vertreter der Organisations der Arbeiter bei den Beratungen zugegen waren. Um ihrer weitgehendsten Friedensliebende Ausdrück zu geben, sind die Streikenden auf diese Zumutung, die geradezu eine Entwürdigung für sie bedeutete, eingegangen. Das sollte in Zukunft unter keinen Umständen mehr geschehen. Niemals ist den Unternehmern Gutes zuzutrauen, wenn sie die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen.

Daß die Versammlungen der Streikenden nicht auf die Bedingungen der Unternehmer eingehen würden, war voraussehen. Der Kampf entbrannt, er muß und wird durchgefochten werden. Frech wie immer fälscht die Unternehmerpresse schon wieder die Tatsachen. Sie will die Arbeiter für den Kampf verantwortlich machen. Gelogen wird, die Unternehmer seien wieder vor eine Machfrage gestellt worden. Tatsächlich pochen die Unternehmer mit demselben Uebermut auf ihren Geldsack, wie sie es bei vielen anderen Kämpfen und nicht zuletzt bei der Crimmitschauer Ausperrung getan haben. Nichts kennzeichnet die standhafte Nachgiebigkeit der Regierungen gegenüber jeder kapitalistischen Prophanet mehr als der Umstand, daß die Fabrikanten immer wieder Machproben heraufbeschwören können, die für das Wirtschaftsleben großer Gebiete von den verhängnisvollsten Folgen sind. Wir erwarten auch diesmal nichts anderes von der schändlichen Regierung, als daß sie Gendarmenaufgebote zur Verfügung stellt, damit nur ja die Unternehmerinteressen auf das weitgehendste geschützt werden können.

Auf 90 000 Ausgesperrte rechnen die Unternehmer, wenn die Färbereien alle Arbeiter ausperrten und die Webereien, deren Unternehmer sich nun mit den Färbereiprohen solidarisch erklärt haben, diesem Beispiel folgen. Von einer Ausperrung wird in den Webereien aber kaum im Ernst gesprochen werden können. Die Einstellung der Arbeit würde einfach notwendig werden, wenn die Lieferung gefärbter Garne bei längerem Stillstand der Färbereien aufhört. Nimmt die Ausperrung große Dimensionen an, so steht ein Kampf bevor, wie ihn die deutsche Textilindustrie bisher noch nicht sah. Schwer getroffen werden durch eine Massen-Ausperrung die Gemeinden, in denen die Ausgesperrten wohnen. Der größte Teil derselben ist nicht organisiert. Die Leute erhalten vom Textilarbeiterverband keine finanzielle Unterstützung. Am Ausfall an Steuern und Marktsteuern, die Armenlasten wird sich be-

merkbar machen, was die Kapitalprohen angerichtet haben. Ebenso wird der Staat Ausfall an Steuern haben. Wir werden abwarten, wie lange die Behörden dem frevelhaften Treiben der Unternehmer untätig zusehen werden.

Inzwischen ist mit der Ausperrung schon begonnen worden. In Reichenbach sind die Arbeiter der Kammgarnfärbereien ausgesperrt. Circa 1200 Arbeiter sind aufs Pflaster geworfen worden, weil sie nicht in der Lage gewesen sind, einen Einfluß auf die streikenden Arbeiter in Glauchau und Meerane auszuüben. Montag, 7. August, wird die weitere Ausperrung erfolgen, wenn nicht inzwischen eine Einigung zu ermöglichen ist. Wie das „Zwidauer Volksblatt“ erfährt, sind die Herren Arbeitgeber am Werke, Streikbrecher aus allen Gegenden heranzuführen. In Leipzig soll auf der Windmühlenstraße ein Streikbrecherbureau errichtet sein, wo Arbeitswillige angeworben werden. Diesen Leuten verspricht man pro Tag 2,80, also 15,60 Mk. pro Woche und will außerdem noch für freie Schlafstellen sorgen. Am Sonntag sollen bereits Streikbrecher aus Leipzig eingetroffen sein. Wenn sich dies alles bewahrheitet, so ist daran zu erkennen, was Geistes Kinder die Herren Fabrikanten sind. Die einzelmännlichen Arbeiter werden aufs Pflaster geworfen, weil ihre Arbeitskollegen einige Pfennige Lohn mehr verlangen, auswärtige Arbeiter werden hingezogen und erhalten noch über den geforderten Lohn.

Nun, die Arbeiter werden auf dem Pflaster sein, sie werden sich bemühen, die Abrechnung mit den Herren Fabrikanten ganz gründlich vorzunehmen, das mögen sich die Herren wohl hinter die Ohren schreiben.

In Gera sind ebenfalls die der Konvention angehörenden Betriebe geschlossen und dadurch in der Stadt bis jetzt circa 1900 Personen ausgesperrt worden. Unter den Ringfirmen befindet sich die bedeutendste des Kontinents, die bekannte Firma Louis Siesch. — Auch in Weida bei Gera erfolgte die Ausperrung der Arbeiter. Auf den Straßen, besonders auf solchen, wo sich die Fabriken befinden, und deren Nähe fanden in den Morgen- und Vormittagsstunden zlemliche Arbeiter- und Menschenansammlungen statt. Nach und nach verließ sich aber die Menge wieder. Es erfolgte alles in größter Ruhe. Die Schließung der Betriebe war den Arbeitern und Arbeiterinnen Abtrüben teilweise noch am Sonnabend abend durch eine in den Etablissements ausgehängte Bekanntmachung mitgeteilt worden. Den Arbeitern in den Webereien ist mitgeteilt worden, daß sie kommenden Freitag den 4. August gekündigt bekommen. Insgesamt beschäftigt der Färberring etwas über 11 000 Personen, die, wie behauptet wird, Montag ausgesperrt worden sind. In Frage kommen nächst den Orten Glauchau und Meerane noch Gera, Greiz, Weida, Mohlsdorf, Reichenbach i. V., Reichenbach, Mhlau.

Ueber die Verhandlungen am Freitag wird uns berichtet: Nachmittags waren in „Stadt Hamburg“ in Glauchau die Fabrik-ausschüsse der streikenden Arbeiter von Glauchau und Meerane mit den Vertretern der Färberei-Konvention sowie der Leitung des Sächsisch-Thüringischer Färbereien und Appreturanstalten angehörigen Firmen gewählt mit Ausnahme des Lohnjahres für Arbeiter unter 18 Jahren.

Tarif.

1. Minimallohn für männliche Arbeiter über 18 Jahre: 2,35 Mk. täglich. Bei Arbeitern unter 18 Jahren soll ein Abzug von 10 Proz. zulässig sein, desgleichen bei solchen Arbeitern, die noch nicht 6 Monate in dem betreffenden Betriebe beschäftigt sind. Der gleiche Lohnsatz wird auch von allen übrigen der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien und Appreturanstalten angehörigen Firmen gewählt mit Ausnahme des Lohnjahres für Arbeiter unter 18 Jahren.

2. Weibliche Arbeiter. Minimallohn: a) für Glauchau: 8,50 Mk. wöchentlich. Bei Arbeiterinnen unter 18 Jahren und solchen, die noch nicht 6 Monate in dem betreffenden Betriebe beschäftigt sind, soll ein Abzug von 10 Proz. zulässig sein; b) für Meerane: 8,50 Mk. wöchentlich Anfangslohn; 9.— nach drei monatlicher Beschäftigung in demselben Betriebe.

Die Festsetzung der Minimallohne für weibliche Arbeiter gilt nur für Glauchau und Meerane.

Zu 1. und 2.: Jeder angefangene Arbeitstag wird in Glauchau und Meerane voll bezahlt.

Glauchau, am 28. Juli 1905.

Färberei Glauchau Akt.-Ges. Otto Nag. Lorenz & Namlinger Nachf. A. Hantsch & Chret. Franz Dietel, Karl Wersch, C. Wall, J. S. Bornemann, Färbereien und Appreturanstalten Georg Schieber, Allen-Gesellschaft, G. H. Schieber, Louis Siesch, Gebrüder Schlot, C. E. Jahn, Schieber & Jahn.

Die gesamte streikende Arbeiterchaft von Meerane kam Sonnabend vormittag 10 Uhr im Saale des „Ruchengarten“ zusammen, um über den gemachten Vergleichsvorschlag zu verhandeln. Als Vorsitzende für diese Versammlung wurden die Kollegen Reichenbach und Steyer gewählt. Hierauf gab Reichenbach den obigen Tarif bekannt und berichtete über die Verhandlung am Freitag. Der Beschluß der heutigen Versammlung mußte bis mittags 2 Uhr in Händen des Stadtrats zu Meerane sein. Hierauf berichtete

Kollege Wunderlich über einen im Laufe des Vormittags mit Herrn Bornemann stattgefundenen Austausch. Danach behaupten die Firmen, ihr möglichstes getan zu haben, um den Streik zu beenden resp. die Aussperrung zu verhindern. Kollege Friedemann gab dann noch folgenden Vorschlagsentwurf der Firma Bathy bekannt, der am Sonnabend vormittag von Herrn Bathy ausgehändigt wurde. Derselbe ist für den Betrieb Bathy spezialisiert auf Grundlage des vom Färbereibund gemachten aufgebaut und hatte folgenden Wortlaut:

Einspänner:	
32 Mann	18,50 Mark
2 "	19,50 "
Wäscher:	
8,50 Mark	Anfangslohn
9 "	nach 3 Monaten
Lohnaufstellung bei 62 Arbeitshunden wöchentlich:	
Wäscherei:	
50 Mann	15,- Mark
12 "	14,50 "
5 "	14,- " (Anfänger)
Stückfärberei:	
3 Mann	16,- Mark
5 "	15,50 "
11 "	15,- "
11 "	14,50 "
1 "	14,- " (Anfänger)
4 "	mit unter 14,- " (jugendl. Arbeiter)
Dämpfer:	
11 Mann	16,- Mark
16 "	15,50 "
2 "	15,- "
1 "	17,- "
1 "	18,- "
Appretur-Maschinenarbeiter:	
8 Mann	16,50 Mark Wochenlohn
1 "	16,50 "
2 "	16,- "
1 "	15,50 "

Kollege Steyer, Bevollmächtigter der Meeraner Textilarbeiter, sprach gegen die Annahme des Vorschlagsartikels und ersuchte die Streitenden aber, die angebotene Verhandlung nicht abzubrechen, aber zu verlangen, daß Vertreter des Zentralvorstandes des Textilarbeiterverbandes mit zur Verhandlung zugezogen werden. Alle Redner der Versammlung sprachen gegen Annahme der Vergleichsvorschläge. Wenn die Arbeitgeber ihren Arbeitswilligen jetzt schon 1,50 Mk. pro Woche mehr zahlen, könnten sie auch — so wurde ausgeführt — den Streitenden die Aufbesserung gewähren. Sofort wäre dann der Streik beendet.

Folgende Resolution fand mit 420 gegen 9 Stimmen Annahme: „Die heutige Versammlung der streitenden Färberei- und Appretur-Arbeiter und Arbeiterinnen beschließt, sich mit den Vorschlägen der Ringunternehmer nicht einverstanden zu erklären. Die Versammlung beschließt, nochmals die Unternehmer zu ersuchen, mit der Lohnkommission über beide Tarife zu verhandeln. Die Versammlung verspricht, bei Ablehnung an dem von den vereinigten Garnfärbereien und Appreturbetrieben abgeschlossenen Tarife festzuhalten.“

Zum Schluß sprach Stadtrat Dr. Lange und erklärte, er habe die Verhandlungen nach jeder Seite hin verfolgt und gefördert. In eine Annahme des Tarifs durch die Unternehmer sei nicht zu denken.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels, Genosse Knauf, erklärte, daß die Verantwortung für den nun folgenden Kampf nicht die Arbeiterschaft zu tragen habe, wie der Herr Stadtrat behauptet hatte, sondern die Fabrikanten. Der Redner ermahnte zum weiteren Ausschalten.

Glauchau. In einer Versammlung der Ausständigen am Sonnabend vormittag, in der die Vertreter der Arbeiter über die Verhandlungen mit den Unternehmern berichteten, nahm man mit 478 gegen 3 Stimmen folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung der streitenden Färberei- und Appretur-Arbeiter und Arbeiterinnen beschließt, sich mit den Vorschlägen der Unternehmer nicht einverstanden zu erklären, sondern an dem Tarif, welcher mit dem Verein der Garnfärberei- und Appreturbetriebe von Glauchau, Meerane und Umgegend abgeschlossen worden ist, festzuhalten.“ In dieser Versammlung waren auch die Herren Stadträte Meißner und Dr. Rüdiger anwesend. Dieselben haben auch den Verhandlungen beigewohnt. Wir erkennen es gern an, wenn die Vertreter der Behörden vermittelnd eingreifen, um Frieden zu stiften. Doch die Ermahnung des Stadtrates Meißner an die Arbeiter, dem Vorschlag der Unternehmer zuzustimmen, war nicht am Platze, so gut sie gemeint sein mag. Ein Diskussionsredner sprach dies auch aus und ersuchte den Stadtrat, bei den Unternehmern dahin zu wirken, daß dieselben den von den Arbeitern vorgelegten Tarif bewilligen, da derselbe äußerst bescheiden gehalten sei. Die Vorschläge der Unternehmer waren so gehalten, daß die Mehrzahl der Arbeiter keinen Vorteil, eine große Anzahl vielleicht sogar Nachteil an ihrem Verdienst hätten. Wie aus dem oben abgedruckten Tarif ersichtlich ist, soll der durchschnittliche Tagesverdienst 2,35 Mk. betragen, jedoch mit der Einschränkung, daß Arbeiter unter 18 Jahren 10 Proz., ebenso Arbeiter, die noch nicht 6 Monate im Betriebe beschäftigt sind, ebenfalls 10 Proz. weniger erhalten sollten. Nun kennt man aber die Praktiken der Unternehmer. In manchen Betrieben ist so starker Arbeiterwechsel, daß nur einige über sechs Monate im selben Betrieb beschäftigt sind. Dieser Wechsel würde aber in Zukunft wahrscheinlich noch größer werden. Wo bliebe dann der Tagesverdienst von 2,35 Mk.? Außerdem war noch zweiter Lohn für Arbeiterinnen vorgesehen. Für gleichzeitige Arbeiterinnen mit dreimonatiger Beschäftigungsdauer war für Meerane ein Lohn von 9 Mk. und für Glauchau 7,65 Mk. vorgesehen. Ob die Leistungsfähigkeit der Glauchauer Arbeiterinnen so niedrig eingeschätzt wird oder ob die Ausarbeitung der Vorschläge um die Mitternachtsstunde erfolgt ist, wer weiß es? Jedenfalls werden sich die Glauchauer Arbeiterinnen für diese Zumutung beugen. Nach alledem war das Schicksal der Vorschläge der Unternehmer schon im voraus besiegelt. Das Resultat bei der Abstimmung bewies auch die Einmütigkeit der Arbeiter. Bei solcher Einmütigkeit können die Arbeiter mit Ruhe in die Zukunft blicken. Der Sieg muß ihnen zufallen. Sollten in den nächsten Tagen keine weiteren Verhandlungen stattfinden, so heißt es für die Arbeiter, doppelt auf der Hut sein. Wie verlautet, soll die allgemeine Aussperrung nur vier Tage dauern. Wenn die Tore der Fabriken wieder geöffnet werden und die Arbeiter bleiben den Arbeitsplätzen fern, wird man mit der Androhung späterer Maßregelung usw. die Arbeiter zu überrumpeln. Arbeiter, laßt euch nicht irren machen! In eurer Einigkeit werden auch solche Maßnahmen zu schanden werden.

Gera. Der angekündigte Gewaltakt ist nun perfekt geworden. Von Montag früh ab sind für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Färberei- und Appreturbetriebe des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Färbereien geschlossen. Die Konvention der Textilarbeiter zur Abwehr unberechtigter Streiks ist in Wirklichkeit getreten. Wenn durch diesen brutalen Gewaltakt außer den direkt Betroffenen auch noch andere Bevölkerungskreise in Mitleidenhaft gezogen werden, so fällt die ganze Verantwortung für diese Schädigungen auf die Textilarbeiter. Sie versuchen zwar durch entstellte Berichte die Schuld auf die streitenden Färbereiarbeiter zu

wälzen, doch: was geht es den Geraer Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen an, wenn einige Fabrikanten in Meerane und Glauchau ihre Leute so schlecht bezahlen, daß diese zum Streik gezwungen sind? Mit welchem Rechte will man dafür die streitenden Arbeiter, die den Streik garnicht verhindern können, verantwortlich auf längere Zeit hinaus brautlos machen? Der Streik und die Aussperrung soll eine Machtprobe des Deutschen Textilarbeiterverbandes sein. Und die „Geraer Zeitung“ schreibt: „Die Tarifverhandlungen, die die Webereien mit ihren Arbeitern eingeleitet haben und durch die Wahl der Wahlmänner für den Vertrauensauschuß eine vielversprechende Förderung fanden, würden durch den Beschluß der Meeraner und Glauchauer Färber eine jähe Unterbrechung erleiden.“

Es ist gewiß kein Zufall, daß fast zur gleichen Zeit, wo den Streitenden ein unannehmbarer Tarif angeboten wurde, die vereinigten Webereibetriebe die Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifes so plötzlich arrangierten. Der Webereibund ist genau so schamlos wie der Färbereibund, denn auch hier ist der Deutsche Textilarbeiterverband als vertragsschließender Faktor prinzipiell abgelehnt. Das ist eine Herausforderung an die Arbeiter. Seitens der von den Webern gewählten Vertrauenskommissionen ist dem Webereibund bereits mitgeteilt worden, daß dann ihrerseits jede Verhandlung abgelehnt werden muß, weil jeder Abschluß von Tarifverträgen ohne Zuziehung des Deutschen Textilarbeiterverbandes für letzteren nicht bindend ist. Die „Geraer Zeitung“ vertritt den progigsten Unternehmerstandpunkt: Die Arbeitgeber könnten mit den Führern der Arbeiterorganisation nicht verhandeln, denn sonst würden sie (die Arbeitgeber) in Zukunft nichts mehr ohne die Erlaubnis des Vorstandes des Textilarbeiterverbandes machen können. — Das ist abernes Gerede, der plumpe Versuch, die Einigkeit der Arbeiter zu erschüttern. Das darf nicht gelingen! Der Kampf hat begonnen; vorläufig sind nur die Färbereibetriebe geschlossen. Mögen die Aussperrten diese Maßregel durch ihre Disziplin beantworten. Sobald die Betriebe wieder geöffnet werden, ist die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Aussperrten sind nicht in den Kampf eingetreten, sie wollen ihn nicht. Zuzug nach dem Streitgebiet Glauchau-Meerane ist zu vermeiden. Hoch die Organisation!

Mylau. Durch die perfekt gewordene Aussperrung der Färbereiarbeiter kommen hier ungefähr 200 Personen in Frage. Bei der Firma Schneider & Claviez arbeiteten am Montag noch 30 Mann, die Aussperrung ist also nur teilweise vorgenommen worden. Unter den Aussperrten befinden sich nur solche, welche infolge Verweigerung von Streikarbeit am Dienstag vor acht Tagen die Arbeit einstellten. Die Druckerei obiger Firma arbeitet weiter.

Den neuesten Meldungen zufolge werden bis heute im ganzen 30 000 Arbeiter ausgesperrt sein.

Die internationale Textilarbeiter-Bewegung wie sie ist — und wie sie sein sollte.

Von S. Krähig.

II.

In dem Einladungsschreiben zum Kongreß in Mailand hieß es:

„Arbeitsbrüder aller Länder! Wir sollen auf der Grundlage der Solidarität vereint arbeiten. Die Aufhebung der Mißstände in unserem Berufe und die Verbesserung unserer materiellen und geistigen Lage hängen von unserem festen Zusammenhalten ab.“

Das sind sehr schöne Worte, aber es sind eben auch nur Worte, und durch Worte allein bringen wir keine Verbesserung unserer materiellen und geistigen Lage zu stande. Von Taten aber, durch welche die Mißstände in unserem Berufe beseitigt werden können, ist in unserer internationalen Textilarbeiterbewegung noch recht herzlich wenig zu sehen. Daß nun in dieser Beziehung nach dem Kongreß in Mailand eine Besserung eintreten sollte, dafür besteht wohl sehr wenig Hoffnung, da eben dieser Kongreß, wie schon im vorigen Artikel hervorgehoben wurde, was die praktische Arbeit betrifft, sehr unproduktiv gewesen ist. Gehen wir in Kürze einmal die einzelnen Tagesordnungspunkte durch, um uns die Leistungen des Kongresses zu veranschaulichen. Da ist zunächst der Punkt, welcher von der Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Dieser Punkt ist zweifellos einer der wichtigsten, denn die lange Arbeitszeit ist die Hauptschranke, welche die Arbeiter von der Teilnahme an der Lebensfreude fernhält.

Voraus ist es nun in Mailand bezüglich dieser Frage an? Nun, darauf, die Schwierigkeiten zu ergründen und zu beseitigen, welche das Niederreißen dieser Schranke bisher hinderten. Am 5. Mai d. J. tagte in Berlin die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Dasselbst wurde auch zu der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für Frauen Stellung genommen. Der Referent zu dieser Frage, Regierungsrat a. D. Leibig, bekämpfte natürlich die Verkürzung der Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen als überflüssig und, dann aber auch darum, weil er in der Verringerung der Arbeitszeit auch eine Verringerung der Leistung erblickt, durch welche die Weltstellung Deutschlands erheblich bedroht werde. Es ist natürlich lächerlich, zu behaupten, die ganze Weltstellung Deutschlands sei bedroht, wenn man einigen hunderttausend Arbeiterinnen das Arbeitsloch täglich um eine halbe bis eine Stunde früher abnimmt. Durch diese un sinnige Behauptung ist die Weltstellung Deutschlands nur kompromittierter worden, weshalb sich wohl auch die zwei großen süddeutschen Textilindustriellen, Generaldirektor Groß-Mugsburg und Reichstagsabgeordneter Schlumberger-Mühlhausen i. G. gegen die Behauptung des Referenten wandten. Sie erklärten im Namen der süddeutschen Textilindustriellen, daß sie gern den einheitlichen zehnstündigen Arbeitstag akzeptieren würden, wenn nur die, jeden geregelten Betrieb hemmende Differenzierung in der Arbeitszeit der Arbeiterinnen je nach dem Alter und je nach besonderen familiären und häuslichen Verhältnissen beseitigt würde. Nun, diese Differenzierung ist doch eben nur das Ergebnis der sozialpolitischen Mißwirtschaft, die verschwinden würde, wenn man einmal ganze Arbeit machen würde. Darüber ließe sich gewiß sehr leicht hinwegkommen, wenn man nur ernstlich wollte. Aber man will eben nicht, deshalb diese faulen Ausreden. Auf dieser Delegiertenversammlung nahm man nun zu dieser Frage eine Resolution an, in welcher es am Schluß heißt:

„Jedenfalls ist die unbedingte Voraussetzung jeder gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen auf zehn Stunden, daß diese gleiche Verkürzung auch in den mit der deutschen Industrie konkurrierenden Staaten, insbesondere in der Schweiz, Italien, Belgien und Oesterreich eingeführt, und daß namentlich auch von diesen Staaten ausreichende Garantien dafür gegeben werden, daß die Durchführung dieser gesetzlichen Vorschriften unter einer ebenso sorgfältigen Kontrolle, wie sie in Deutschland besteht, gestellt werde.“

Wenn dieser Beschluß der Unternehmer die Voraussetzung zur Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und da auch nur für Arbeiterinnen sein soll, dann wäre die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit allerdings sehr weit hinter auf die berühmte lange Bank geschoben. Ich mein nun aber, daß doch der Beschluß der Unternehmer in dieser Frage am allerwenigsten bestimmend sein kann. Ueber den Verbrauch der Arbeitskraft muß ausschließlich dem Besten derselben das Verwendungsrecht zugestanden werden. Nicht das Interesse an der möglichst krassen Füllung der kapitalistischen Geldsack, sondern einzig und allein das Interesse an der

Erhaltung der Gesundheit und Körperkraft des Volkes kann hier maßgebend sein. Diese Ansicht in den Arbeiterkreisen so zu festigen, daß sie ihnen gewissermaßen in Fleisch und Blut übergeht, muß die erste Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es wohl weniger der gegenseitigen internationalen Hilfe. Anders dagegen ist es bei der zweiten, nämlich der Aufgabe, Behauptungen der Unternehmer, wie sie auf dem Delegiertenkongreß des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und vor wie nachher von den Kapitalistenblättern über die Arbeitszeiten der verschiedenen Länder aufgestellt werden, durch unanfechtbares statistisches Material aus den einzelnen Ländern zurückzuweisen. Ein dahingehender Antrag, in dem wir verlangen, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, daß das internationale Sekretariat so bald wie möglich eine vergleichende Zusammenstellung der in den einzelnen Ländern bestehenden Arbeitszeiten bekannt gibt und dabei veröffentlicht, wie viel Textilarbeiter in jedem Lande in den verschiedensten Arbeitszeiten beschäftigt sind, ist ja von uns gestellt und auch angenommen worden. Ob er aber auch ausgeführt wird, das will ich vorläufig stark bezweifeln. Dabei will ich noch bemerken, daß uns in Deutschland selbst eine solche vergleichende Zusammenstellung der Arbeitszeiten im eigenen Lande ebenfalls sehr dringend nötig wäre. Grade hier in Mühlhausen haben wir wieder diesen Mangel bei der Wollanfechtbewegung hart genug empfunden.

Erst als die Unternehmer ihre unkontrollierbaren Angaben machten, wurden Erhebungen ange stellt. Diese Erhebungen sollten aber von der Zentrale aus mit Hilfe der Agitationsleiter gemacht werden, damit bei den Lohnnegotiationen das Material zur Hand wäre. Der Referent, Kollege Renard-Frankreich, erwähnte natürlich diese Frage garnicht. Er schwärmte für den Achtstundentag und stellte dessen allgemeine Einführung in allen Fabriken (1. Mai 1906) in so nahe Aussicht, als hätte er ihn schon halb in der Tasche. Mit solchen Schwärmereien ist den Arbeitern garnicht gedient. Wenn man sieht, welche Schwierigkeiten uns entgegenstehen, um den zehnstündentag zu erreichen, so mühten uns tatsächlich unsere Kollegen zu Paaren treiben, wenn wir, anstatt darauf hin zu arbeiten, daß diese Schwierigkeiten beseitigt werden, uns für die nutzlose Verpulverung unserer Kraft im Sinne Renards entschieden hätten. Zweifellos spielt die politische Betätigung der Arbeiter, im Sinne der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft, gerade in dieser Frage eine sehr wichtige Rolle. Aber auch hier zeigte es sich, daß die Arbeitsbrüder nicht auf der Grundlage der Solidarität, wie es in der Einladung hieß, arbeiteten. Die konservativen Engländer und die anarchisierenden Delegierten gingen Hand in Hand gegen die sozialdemokratischen Kollegen, welche die deutsche Resolution vertraten.

Neben dieser Frage interessiert uns wohl am meisten mit der Frage des internationalen Streikunterstützungsfonds. Dieser internationale Streikunterstützungsfonds in Höhe von 19536 Mk., zusammengesammelt in drei Jahren, nimmt sich gegenüber den Kleinstkämpfen in unserm Berufe gerade so aus wie eine Spottgeburt. Wenn man die jetzige Beitragsleistung beibehält, dann dürften wir, den jetzigen Mitgliederbestand zu Grunde gelegt, in 300 Jahren etwa soviel auf internationalem Wege zusammengesammelt haben, wie die deutsche Arbeiterschaft bei der Aussperrung in Crimmitschau in 26 Wochen sammelte! Wollte man einen internationalen Streikfonds schaffen, wie er unsern Kämpfen entsprechend sein muß, wenn er, was doch wohl die Hauptsache sein soll, recht bald eine für die Unternehmerrorkisten abschreckende Höhe erhalten sollte, so mühten wir den Antrag Turner in Zürich annehmen, der wollte, daß pro Mitglied eine wöchentliche Extrabeitrag von zwei Cent erhoben werden sollte. Die jetzige Mitgliederzahl zu Grunde gelegt, hätte dies in den drei Jahren einen internationalen Streikunterstützungsfonds in Höhe von etwa 1100 000 Mk. ergeben. Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn der Mailänder Kongreß beschlossen hätte, diese Summe noch nicht anzugreifen, sondern noch drei Jahre zu steuern. Dann hätten wir in weiteren drei Jahren 2 1/2 bis 3 Millionen Franken im internationalen Streikfonds gehabt, eine Summe, mit der wir uns sehen lassen könnten und die uns manchen Streik würde vom Saße gehalten haben, weil die Unternehmer den Streikfonds fürchteten und deshalb lieber mit uns verhandelt hätten. Man sieht daraus, was mit noch nicht zwei Pfennig Extrabeitrag pro Woche für eine finanzielle Macht in kurzer Zeit hätte geschaffen werden können. In Stelle dieser Macht werden wir nach weiteren drei Jahren die im Verhältnis lächerliche Summe von 30 000 Mk. aufzuweisen haben — eine Summe, die unsern kapitalträchtigen Unternehmertum noch nicht einmal in der zehnfachen Höhe imponiert.

Die übrigen Punkte, wie Aufhebung des Stücklohnes, Abschaffung der Überzeitarbeit und Arbeitsruhe am Samstag nachmittag, brachten nichts besonderes, höchstens hier und da etwas Unerfreuliches zu Tage. Bei Abschaffung des Stücklohnes trat ein englischer Delegierter mit so reaktionären Ansichten für die Unfordbarkeit ein, wie dies einer unserer borniertesten Unternehmer nicht besser hätte tun können.

Beim Punkte Durchführung einer einheitlichen Garnnumerierung bedurfte es ebenfalls der größten Anstrengungen, um den Kongreß vor einem Rückschritt zu bewahren, was um so bedauerlicher war, als die Delegierten, die für den Rückschritt eintraten, auch schon in Zürich waren, wo die Frage dadurch, daß man sich für die metrische Garnnumerierung entschied, erledigt worden war.

Neben diesen weniger wichtigen Punkten kamen dann auch die Punkte 12 und 14, die, da sie die Aufgaben des internationalen Textilarbeitersekretariats behandelt wissen wollten, von weitaus größerer Bedeutung waren. Ich werde im nächsten Artikel unter Zugrundelegung der von Oesterreich eingebrachten Resolution, deren Verfasser ich ja selbst war und die nur aus taktischen Gründen, die ich nachher nicht als besonders taktisch erwies, von Oesterreich eingebracht wurde, auf diese Punkte näher eingehen, um so, durch praktische Vorschläge, die Diskussion darüber anzuregen, was geschehen muß, um die internationale Textilarbeiterbewegung auf die Höhe zu bringen, auf der wir sie zum Wohle der Arbeiter haben müssen.

Mitteilungen aus Fachreisen.

Chemnitz. Die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Spinnabend den 22. Juli im „Schützenhaus“ ihre Monatsversammlung ab. Der Kassierer, Kollege Ehardt, gab den Kasienbericht vom 2. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann berichtete Kollege Reichelt über den internationalen Kongreß der Textilarbeiter in Mailand. Seine Darlegungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Der Redner verbreitete sich auch eingehend über die Eindrücke, die er von der Besichtigung einiger Textilbetriebe in Legnano, in der Nähe Mailands, gewonnen habe. Nach ihm sprach Kollege Wagner zu dem Kongreß. Er wandte sich gleich dem Vorstand, gegen die Stellungnahme der Engländer zu einzelnen Tagesordnungspunkten. Auch nahm er gegen den bisherigen Sekretär Stellung, wenn er auch als sicher annahm, daß der Sekretär von den einzelnen Landesorganisationen selbst des öfteren im Stiche gelassen worden sei. Frau Wagner kam auf die Kalligon zu sprechen, die der Referent gestreift hatte. Unter Verehrungsgeheßen wurde bekannt gegeben, daß das Sommerfest am 13. August abgehalten wird. (Wegen des Jahreswechsels mußte es hinausgeschoben werden.) Eine Unterstützungsmöglichkeit, die eine lebhafteste Debatte zeitigte, wurde dem Vorstande zur Erledigung überwiesen.

Elsterberg. Bei der Firma Penzel & Anderegk hat sich das Lohnforderungenverhältnis eingeregelt, daß diese Verhältnisse der Öffentlichkeit übergeben werden müssen. So wurden der Weberin B. von dem 14 tägigen Jammerlohn von 9,85 Mk. 1,50 Mk. für Zusätze der kurzen Fadenbrüche in Abzug gebracht. — Einer anderen Arbeiterin wurden 0,50 Mk. abgezogen, ohne daß man sie vom Vorgehen im Rennnis lehrte. Weiter wird uns gemeldet, daß dort der Minimallohn nicht immer eingehalten wird, und muß es in Zukunft Aufgabe eines jeden Kollegen und jeder Kollegin sein, derartige Uebergriffe der gewählten 3gliedrigen Kommission zu melden, damit diese geordnete Verhältnisse einführen kann. Wir werden nach Regelung des neuen Lohnsatzes die gewählten Vertrauensleute öffentlich bekannt geben.

Hemelungen. Die hiesigen Kollegen und Kolleginnen scheinen zu schlafen; es muß einmal tüchtig daran gegangen werden, dieselben aufzumuntern, sonst werden sie schließlich noch vergessen, daß sie im Verbands sind. Unsere Versammlungen müssen viel besser besucht werden. Oder kommen verschiedene nicht, um bei einigen Angehörigen lieb Kind zu sein? Einige Vorkommnisse in letzter Zeit lassen dies fast zur Gewißheit werden. Sollte dies der Fall sein, so ist es erst recht nötig und die Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters, die Versammlungen zu besuchen, tüchtig unter den Mitarbeitern zu agitieren und dieselben ebenfalls zum Anschluß an den Verband aufzufordern; dies ist, wo so viele fremde Arbeiter von der Firma eingestellt werden, erst recht nötig. Wenn jeder Kollege seine Schuldigkeit tut, so werden wir in Hemelungen bald wieder eine Macht sein, die daran gehen kann, die traurigen Verhältnisse in der Jute-Spinn- und -Weberei zu beseitigen. Es ist geradezu eine Schande für Hemelungen, daß von nahezu 1000 Textilarbeitern noch viele dem Verbands fernbleiben und viele Organisierte sich um ihren Verband nicht kümmern. Wenn das so weiter geht, so gibt es in Hemelungen bald keine organisierten Textilarbeiter mehr, und die wenigen, die noch laßendbewußt sind, müssen es ruhig dulden, daß ihnen vom Arbeitgeber das Fell über die Ohren gezogen wird. Daß man für den Winter nichts Gutes mit uns vorhat, seht ihr doch alle schon ein, da braucht ihr euch bloß die Arbeitertransporte aus Oesterreich zu betrachten, die jetzt wieder hier eingetroffen sind. Es ist ein trauriges Zeugnis von Selbstverleugung, das ihr euch selbst ausstellt, dadurch, daß ihr noch keinen neuen Arbeiterausschuß gewählt habt, da doch der alte schon seit einigen Monaten von hier fort ist! Wollt ihr euch Kollegen! Wollt ihr es so weiter gehen lassen? Ein energisches „Nein“ müßt ihr ausrufen. Besonders den Kolleginnen möchten wir zurufen, müßt ihr mehr um die Organisation zu kümmern, anstatt sich beim Meister und Vorgesetzten als lieb Kind ansprechen zu lassen. Auf alle Fälle ist es besser für die Kollegen, sich dem Verbands anzuschließen und demselben treu zu bleiben, anstatt sich in allerlei Klimbimboreine aufnehmen zu lassen, nur um „oben“ gut angeschrieben zu sein. Kollegen, rafft euch auf, besucht die Versammlungen, agitiert für den Verband, damit wir uns anderen Städten würdig an die Seite stellen können! Es ist in der letzten Versammlung beschlossen worden, eine Hausagitation vorzunehmen. Beteiligt euch recht zahlreich daran, und der Erfolg wird nicht ausbleiben! Ehrenpflicht eines jeden ist es, an dem Emanzipationskampfe teilzunehmen. Darum frisch ans Werk! Dann können auch wir bald sagen: Einigkeit und Brüderstern führen uns zum Ziele hin!

Hilgen. Die Firma Poll & Heinrichs, Weberei in Dämmweg-Hilgen, sucht in aller Herren Länder Arbeiter anzuwerben, besonders in Belgien und Frankreich. Acht Franzosen arbeiten schon hier. Auch in Schlesien soll die Firma schon Arbeiter angeworben haben. Da hier kein Mangel an tüchtigen Webern ist, wird die Lage der hiesigen Arbeiter durch den Zugang nur verschlechtert, weshalb dieselben die auswärtigen Kollegen bitten, den Zugang nach hier zu unterlassen.

Offenburg (Baden). Am Sonntag den 23. Juli fand im „Anter“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Krähig aus Mühlhausen i. El. über das Thema „Warum organisieren wir uns?“ referierte. Der Referent erläuterte in anerkennenswerter Ausführlichkeit das Thema in klarer, gemeinverständlich Weise, wofür ihm reichlicher Beifall zu teil wurde. Die Versammlung war leider sehr schwach besucht im Verhältnis zur Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter. Nachdem wir im Artikel die Organisation der Textilarbeiter in die Hand genommen haben, erheben sich auch die Christlichen auf dem Plan. Es sollte doch den Leuten einleuchten, daß das Zerstückeln der Arbeiter in verschiedene Verbände der Sache nur schadet. Sind doch unsere Arbeitgeber nicht in christlichen oder jüdischen Verbänden, sondern ohne Rücksicht auf die Religion in einem Verbands zusammen geschlossen. Also, Textilarbeiter, ermannt euch und schließt euch alle dem Deutschen Textilarbeiterverbande an! Nur die Arbeiter sind an ihrer schlechten Lage selbst schuld. Wer nicht läßt, kann nicht ernten.

Dsnabrück. Sonntag den 6. August, vormittags 11 Uhr wird Kollege Schrader-Hannover über den internationalen Textilarbeiter-Kongress in Mailand Bericht erstatten. Massenhafter Besuch der Versammlung ist wohl zu erwarten!

Plauenischer Grund. Im Plauenischen Grund, unweit der Residenzstadt Dresden, ist es nun endlich gelungen, eine Zahlstelle des Textilarbeiterverbandes zu gründen. Manches Mitglied, mancher Leser des „Textilarbeiters“ wird schon oft von unserer Gegend, dem „roten Plauenischen Grund“, gehört haben. Auf manche Organisation mag dies zutreffen, denn eine ganze Reihe von Gewerkschaften sind schon zu einer bedenklichen Macht für die Unternehmer geworden. Auch bei verschiedenen Wahlen (hier sind ja die Textilarbeiter mitgerechnet) hat es sich gezeigt, daß man im „roten Grund“ ist. Nur von der Gewerkschaftsbewegung wollten die Textilarbeiter nichts wissen; obwohl jirta 700 hier beschäftigt sind, gelang es nie, festen Fuß zu fassen. Am schwersten hielt es in der Spinnerei des Herrn Kommerzienrats Dittel zu Cosmannsdorf, wo 500 Arbeiter und Arbeiterinnen bei einer Arbeitszeit von 65 bis 68 Stunden dem Kapitalismus fronen. Schon mehrfach waren von der Filiale Dresden öffentliche Versammlungen abgehalten worden, aber immer ohne Erfolg. Da den Dresdner Kollegen aber die Agitation zu viel wurde, gründete das hiesige Gewerkschaftsamt am 15. Juli eine Filiale, um die Agitation besser betreiben zu können. Die Verwaltung hatte nun für den 28. Juli eine Fabrikbesprechung für den genannten Betrieb arrangiert, und das Lokal, welches sich sonst immer als viel zu groß erwies, war in wenigen Minuten überfüllt. Wir freuten uns schon, daß wir an diesem Tag einen guten Erfolg haben würden, aber wir hatten die Rechnung ohne den Wirt, pardon, ohne die lebenswüchtige Polizei gemacht. Ehe sich die Anwesenden richtig setzen konnten, erschienen der zu Hainberg stationierte Gendarm, welcher den Kollegen von Criminalschau vom Streik her im Gedächtnis sein wird, und löste die Versammlung auf. Alles Protestieren, daß es nur eine Besprechung sei, und diese ja noch gar nicht begonnen habe, half nichts; die Anwesenden mußten sich entfernen. Selbstverständlich haben wir gegen dieses Vorgehen bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde eingereicht. Obwohl der Staat nun wieder einmal gerechtfertigt war, so konnte man doch an den Geschehen der Erhlorenen sehen, daß solches Vorgehen nicht dazu beiträgt, die Organisation zu hemmen, sondern sofort wurden die Worte laut: „Nun werden wir erst recht dahin arbeiten, daß auch unsere Organisation wächst.“ Woblan! Die Verwaltung wird das Ihrige dazu beitragen und in einigen Wochen in der Lage sein, berichten zu können, daß die Textilarbeiter des Plauenischen Grundes verschaffen sich eine starke Organisation zu schaffen. Unternehmer und Polizeistraforg wird uns daran nicht hindern.

Reichenau. Unser Ausflug findet Sonntag den 6. August statt. Ziel: Mühlentberg, Treffpunkt: „Hilgen“, nachm. 2 Uhr.

Schwiebus. In der Berliner Webefabrik von Mengers & Söhne sollten vor einigen Wochen die Arbeiterinnen die Doppelfäden,

sogenannte Zweien, aus den Stüden auspuhen — umsonst. Unser Mitglied Franziska Grestlo wollte diese Arbeit nur gegen Vergütung machen. Da wurde ihr gekündigt. Bei ihrem Weggange wurden ihr 5 Pf. vom Lohn abgezogen wegen vorhandener Fehler in dem zuletzt gelieferten Stück. Sie klagte auf Grund des Paragraphen 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Weiter wurden ihr 2,15 Mk. Lohn einbehalten. Das Gewerbegericht wies sie aber ab, indem die 5 Pf. nicht abgezogen, sondern einbehalten worden seien. Wegen der 2,15 Mk. konnte kein Urteil erfolgen, weil der Vertreter der Firma im Laufe der Woche das Geld bezahlte. In das Entlassungszeugnis, das unsre Kollegin verlangte, schrieb der Vertreter der Firma, Herr Emil Wolperg: „Wegen Pflichtwidrigkeit entlassen.“ Die Kollegin klagte auf Ausfertigung eines andern Zeugnisses (nach § 113 des B. G. B.) und eventuell Schadensersatz (nach §§ 51 und 52 der Gewerbeordnung). Beim Weggange sagte Herr Emil Wolperg, als unsre Kollegin das Zeugnis verlangte: „Aber ein gutes kann ich Ihnen nicht geben.“ Vom Gewerbegericht im Sühneterrain erklärte sich der Vertreter, Herr Emil Wolperg, bereit, sofort ein andres Zeugnis auszustellen. Nach § 394 des B. G. B. darf nicht das geringste vom Lohne abgezogen werden, die Firma hat aber ein Recht dazu nach der Fabrikordnung, die seit dem Jahre 1894 besteht. Was ist nun maßgebend? Es ist Pflicht aller organisierten Textilarbeiter, in allen Filialen dieser Sache auf den Grund zu gehen und wenn es nötig wäre, einen größeren Prozeß durchzuführen. Vielleicht kann uns die Redaktion des „Textilarbeiters“ im Briefkasten etwas guten Rat in der Angelegenheit erteilen. Sache der Schwiebuser Arbeiterschaft wäre es, sich mehr wie jeht um ihren Verband zu kümmern. In den Versammlungen sind immer nur die alten Gesichter. — Die Firma Mengers & Söhne erließ dieser Tage folgende

Bekanntmachung.
Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bisher gezahlte Prämie auf die Stüde, also 25 Pf., in Fortfall kommt und dafür dieselbe Vergütung für Löhler, wie sie in unsrer Schneiderei in Berlin üblich ist, also die sogenannte Löhlerprämie eingeführt wird.

Es erhalten demnach Stüde mit
0 Löhler 25 Pf. 3 Löhler 10 Pf.
1 20 4 15
2 15 5 0
Dagegen ist für Stüde mit mehr als 5 Löhler Schadensersatz zu leisten, und zwar:
6 Löhler 5 Pf. 9 Löhler 20 Pf.
7 10 10 25
8 15 u. w. u. w.

Es wird hierbei jeder Schneider resp. jedem Schneider zur Pflicht gemacht, die in den Stüden enthaltenen Löhler richtig anzugeben, da dieselben später nochmals genau nachgesehen werden.
Schwiebus, den 23. Juni 1905.

Berliner Webefabrik M. Mengers & Söhne.
(Wie schwierig es ist, den Velvet zu schneiden, ohne Löhler in die Ware zu bringen, zeigt die Ankündigung von Prämien für Stüde ohne oder verhältnismäßig wenige Löhler. Es ist deshalb schon jeder Abzug für Löhler moralisch ungerechtfertigt. Gesehlich ist er es deshalb, weil es der § 394 des B. G. B. verbietet. Die Frage ist hierbei aber noch, ob der § 394 durch einen ihm entgegenstehenden Vertrag unwirksam gemacht werden kann. Ein solcher Vertrag wäre die Fabrikordnung. Ist § 394 zwingendes Recht, so kann ihm kein Vertrag entgegengesetzt werden; eine ihm entgegenstehende Fabrikordnung wäre dann ungültig, soweit sie den § 394 beträfe, auch wenn sie sonst für den Arbeiter verbindlich wäre. Ist § 394 zwingendes Recht, so kann er nicht durch einen Vertrag unwirksam gemacht werden; ist er nicht zwingendes Recht, kann das aber geschehen. Doch die Ansichten der Gerichte gehen darüber auseinander. Ein Gericht erklärt den § 394 als zwingendes Recht, das andre nicht. Die Sache kann nur prinzipiell entschieden werden, wenn es sich einmal um einen Betrag handelt, der die Summe von 100 Mk. übersteigt. Dann könnte die Sache zur endgültigen Entscheidung vor das Landgericht gebracht werden, das dann zu erklären hätte, ob § 394 zwingendes oder nicht zwingendes Recht ist. Die Gewerbebehörde hätten dann ihre Spruchpraxis in diesem Betrach der Entscheidung des Landgerichts anzupassen. D. R.)

Posamentierer-Bewegung.

Der Zugang von Posamentierern nach Berlin ist streng zu unterlassen.

Berlin II. In der letzten Mitgliederversammlung hielt Genosse S. Schubert einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Bildungsstätten des Volkes in Preußen“. Der Referent schilderte in sehr anschaulicher Weise die Verhältnisse, die noch in den unteren Volksschulen herrschen. Die ausgebildete Arbeiterschaft müsse vor allen Dingen ihr Augenmerk darauf richten, daß die Schulen werden, was sie eigentlich sein sollen: wahre Bildungsstätten des Volkes. Hierauf gab Kollege D. Zehms den Kasernenbericht vom letzten Quartal. Gesamtsumme 1426,60 Mk., Ausgabe 1148,25 Mk., Bestand 278,35 Mk. Zuschußklasse: Einnahme 770,39 Mk., Ausgabe 169,31 Mk., Bestand 608,08 Mk. Aufgenommen wurden 16 neue Mitglieder. Die Revisorien haben alles geprüft und für richtig befunden. Hierauf folgte die Fortsetzung des Berichts von der Weiperters Konferenz, den Kollege D. Zehms erstattete. Hieran anknüpfend schilderte Kollege R. Müller die traurigen Zustände in Teplich und Umgegend bei den Posamentierern. Löhne von 2 Kronen für Arbeiterinnen und 7 bis 8 Kronen für Arbeiter seien nichts Seltenes. Auch herrsche noch das Trudsystem. Von Organisation keine Spur. Wegen vorgerückter Zeit mußte von einer eingehenden Diskussion Abstand genommen werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung in Bezirke des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien. In den sechs Ortsgruppen obigen Verbandes ist am 27. April durch Anschlag in den Betrieben in Aussicht gestellt worden, daß die einzelnen Ortsgruppen nach Beendigung der Vorarbeiten für Aufstellung eines Lohnsatzes mit gewählten Vertrauenspersonen in Unterhandlung treten wollen. Die Wahl der Vertrauenspersonen hat am 28. Juli stattgefunden. Das Wahlverfahren war etwas kompliziert. Für je bis 100 in Betriebe beschäftigte Weber und Weberinnen wurde ein Wahlmann gewählt und diese wählten je in ihrer Ortsgruppe die verlangte dreigliedrige Kommission, welche zur Unterhandlung berufen wird.

Das Gesamtergebnis der Wahlmännerwahlen in den Webereibetrieben der Ortsgruppe Gera ist folgendes: An den Webstühlen sind 2781 Weber und Weberinnen beschäftigt. Auf die 43 Kandidaten des Deutschen Textilarbeiterverbandes kamen 2634, auf die des Christlichen Textilarbeiterverbandes ganze 48, zersplittert waren 22 Stimmen. Nicht gewählt haben 77; von letzteren waren zur Zeit mehrere durch Krankheit verhindert, andere hatten die Arbeit beendet, bez. warteten auf neue Arbeitsaufträge. Der von den Unternehmern und ihren Kreaturen so sehr gehaßte deutsche Textilarbeiterverband kann mit diesem glänzenden Resultat zufrieden sein.

Mitglieder der dreigliedrigen Kommission (Sind: Röder, Neupert und Sarnisch).

Die Wahlbestellung vom Christlichen Textilarbeiterverbande. In Obblisch & Josephsons Weberei, der Hochburg christlicher Textilarbeiter, wo evangelische Vereinsmitglieder und in neuerer Zeit

wieder die Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes gehänselt und benorjuzt werden, wo jahrelang christliche Traktäthen und Wochen-schriften gratis auch den übrigen Arbeitern und Arbeiterinnen auf-gezungen wurden, um sie der nationalen Gesinnung zu erhalten und damit ihnen der Gottesglaube nicht vollends geraubt werde; dort, wo Carolus und sein Jamulus „Herr im Hause“ sind und Kritik über Fabrikverhältnisse mit Maßregelungen beantworteten — zur Freude der „Christlichen“ — dort liegt die „Christlichen“ vom Christlichen Textilarbeiterverbande bei den Wahlmännerwahlen gründlich abgerückt. Sie haben es nur zu einer kleinen Minorität gebracht. Ihre von Verleumdung unterstützte Wahlagitation blieb erfolglos. Ihr Zirkular mit dem Text: „Für das Wohl der Arbeiter können nur solche Leute eintreten, welche sich ein eigenes Urteil bilden können und nicht unter Parteivorherrschaft stehen, solche sind: Hermann Fode und Wilhelm Elemen“, konnte bei den vernünftigen Arbeitern nur ein mildeidiges Lächeln über solche Be-lehrung hervorrufen. Die Geraer Textilarbeiterchaft hat aufs neue bewiesen, daß sie ihr Vertrauen gewerkschaftlichen Quertreibern nicht zuwendet, sondern dem für sie in jeder gerechten Weise ein-tretenden Deutschen Textilarbeiterverbande. Möge es so bleiben!

In Langenberg erhielten unsere Wahlmänner 206 oder 207, die christlichen „Stabs-Weber“ 13-15 Stimmen. In den anderen Webereien verzichteten die „Christlichen“ auf eigene Kandidaten, weil dort gar keine Mitglieder von ihrem Verbands vorhanden sind.

Auch die Wahlmänner der Ortsgruppe Ronneburg-Weida sind mit großer Majorität gewählt. Von 463 in Ronneburg ab-gegebenen Stimmen kamen auf unsere Kandidaten 410; in Weida erhielten unsere Kandidaten 81 Stimmen, die übrigen 12 Stimmen waren zersplittert. Aus Münchenbernsdorf wird nur gemeldet, daß dort der ehemalige Kollege Richard Friedemann gewählt ist. Für diese Gruppe wurde in die verlangte dreigliedrige Kommission gewählt: Peemann und Pfeiffer-Ronneburg und Meinhardt-Weida. — Aus den andern Ortsgruppen sind uns Resultate nicht bekannt.

Die Lohnbewegung der Kammergarnspinnereiarbeiter in Zwögen hat vorläufig ihren Abschluß gefunden. Die Direktion hat sich zu Zugeständnissen bequemen müssen, die, wenn sie auch an das Ge-forderte noch nicht heranreichen, in Anbetracht der Verhältnisse im Gera-Greizer und Meerane-Glauchauer Textilbezirk für die Spinnerei-arbeiter wohl annehmbar waren. Das Errungene stellt sich folgendermaßen zusammen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden täglich mit 1 1/2 stündiger Mittagspause. Sonnabends Schluß der Arbeit der männlichen Arbeiter mit den weiblichen um 1/2 Uhr (bisher 1/4 Uhr). 2. Erhöhung des Akkordtarifs für Spinner von 3-10 Proz. inkl. Marschberechnung. Für die An-leger sind die Prozentsätze folgendermaßen erhöht worden: Für Zu-viert-arbeiten auf 2 Selfaktoren von 55 auf 60 Proz. der männ-lichen und von 50 auf 55 Proz. der weiblichen Arbeiter; für Zu-zweit-arbeiten auf 2 Selfaktoren von 55 auf 66 2/3 Proz. der männ-lichen und von 50 auf 58 Proz. der weiblichen Arbeiter; für Zu-zweit-arbeiten auf 2 Selfaktoren erhalten die männlichen 75 Proz. und die weiblichen Anleger 70 Proz. vom Spinnerlohn. Die Spinner erhalten Zuschlag bei nur 3 Anlegern 6 Proz., bei nur 2 Anlegern 18 Proz. Auch die Puzzeit ist verlängert worden, und zwar für den Spinnstall bei 4 Anlegern auf 2 Stunden, bei 3 auf 2 1/2 und bei 2 Anlegern auf 3 Stunden. Entschädigung hierfür gibt es nicht. Bisher waren die Anleger, speziell die weib-lichen, gezwungen, schon von Freitag ab die Pausen zum Puzen zu benutzen, um des Sonnabends fertig zu werden, weil eben die Puzzeit so kurz war. Dieser Mangel ist jetzt beseitigt. Ent-schädigung für Stillstehen der Maschinen wird von 2 Stunden ar mit 17 Pf. pro Stunde bezahlt (früher von 3 Stunden an 15 Pf. pro Stunde). In den anderen Abteilungen, wie Vorbereitung, Zwirnerlei, Weberei und Ringspinnerlei, sind auch kleinere Zulagen gemacht worden. Weiter ist die Anerkennung eines Fabrikausschusses zugestanden worden, aber nur in der Weise, daß die Hälfte von den Arbeitern und die andere Hälfte von der Direktion gewählt werden soll. Diese Zugeständnisse wurden in der Fabrikversamm-lung am 20. Juli gegen eine Stimme angenommen. An den Arbeitern liegt es nun selber, das Errungene — wenn es auch nicht viel ist — festzuhalten, vor allem aber der Organisation treu zu bleiben, denn nur durch sie war es möglich, die Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Die Bandwirter der Firma Karl Hinnenberg & Sohn in Schwelm streiten, weil sie sich eine Lohnreduktion von 2 Pf. per Stück nicht gefallen lassen wollten. In Betracht kommen 44 Kollegen. Acht Kollegen, welche als Aufwiegler entlassen wurden, weil sie die Forderungen der Belegschaft auf Weitergewährung des bisherigen Lohnes vertraten, kam die übrige Belegschaft zu Hilfe, indem sie sich mit den Entlassenen solidarisch erklärte. Die Firma hatte an vier verschiedenen Stellen neue Schläger (20 Gänge mehr als bisher andrungen lassen, womit sie die Lohnreduzierung be-gründet. Die Arbeiter bestritten aber, von der Neuierung Nutzen zu haben und verlangen deshalb den bisherigen Lohn weiter. Zugang wolle man streng unterlassen.

Der Genter Textilarbeiterklub vor der belgischen Kammer. Die „Auslands-Korrespondenz“ meldet: Der Genosse Ansele, Ab-geordneter für Gent, interpellierte den Arbeitsminister Francotte über dessen Stellung zum Streik der Textilarbeiter von Gent. Ansele erörterte in ausführlicher Weise die Ursachen des Streiks und die Forderungen der Textilarbeiter. Diese verlangen bekannt-lich die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden auf 10 Stunden ohne Lohnreduktion. Der sozialistische Redner verstand es, seine Interpellation zu einer glänzenden Rechtfertigung des Verlangens der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt zu gestalten. Nach einer langen erregten Debatte wurde schließlich ein Vorschlag des Genossen Hector Denis angenommen, der dahin geht, die Verkürzung der Arbeitszeit probeweise auf einen Monat einzuführen, und daß in dieser Zeit eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen versucht werde.

Gewerkschaftliches.

Die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Oester-reichs im Jahre 1904. Einen Ueberbild über die Stärke der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie bietet folgende Zusammenstellung:

Land	Organisierte Arbeiter			In Proz.
	männl.	weibl.	gesamt.	
Österreich	63279	3052	67331	35,01
Nieder-Oesterreich	8902	674	9576	4,09
Böhmen	47805	1793	49598	20,24
Galizien	26	—	26	0,14
Dalmatien	70	—	70	0,04
Salzburg	5886	20	5906	3,13
Nieder-Oesterreich	3871	20	3891	2,05
Steiermark	164	383	547	1,17
Arabi	1154	—	1154	0,61
Mähren	13792	2847	16639	8,54
Ober-Oesterreich	4937	271	5208	2,89
Salzburg	2920	117	3037	1,44
Schlesien	5748	920	6668	3,54
Steiermark	13027	1187	14214	7,56
Tirol-Südtirol	2808	103	2911	2,06
Ungarn	408	81	489	0,25
Zusammen	178066	18055	196121	100,00

Beilage zu Nr. 31 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 4. August 1905.

Die Berliner Einigungsfrage.

II.

In den Versammlungen nun, welche sich mit der Frage zu beschäftigen hatten, wurde in den Filialen I, III und IV der Einigung zugestimmt. Filiale II verhielt sich ablehnend. Rixdorf machte mit und Stralau-Kummelsburg nahm zunächst eine abwartende Stellung ein. Doch es kann selbst ein dauerndes Abseitsstehen von Stralau-Kummelsburg den Berliner Zusammenschluß nicht hindern. Derselbe würde aber weit wirksamer werden, wenn Stralau-Kummelsburg mitmache.

Diese letztere Behauptung wird erhärtet durch die rechnerischen Ausführungen des Kollegen Brillwitz, Vorsitzenden der Filiale IV (Stüder), welche im zweiten Einigungsverhandlungs-Protokoll niedergelegt sind. Ich lasse auch dieses zunächst hier folgen:

Protokoll von der zweiten Einigungsverhandlung der Berliner Filialen am 4. Mai 1905 im Gewerkschaftshaus.

Um 9 Uhr eröffnet Kollege Treue die Sitzung an Stelle des verhinderten Kollegen Hübsch.

Zur Sitzung waren von den fünf Filialen, sowie von Rixdorf und Kummelsburg zusammen 21 Kollegen erschienen.

Kollege Hübsch führt das Protokoll. Mit einer kurzen Erklärung leitet Kollege Treue die Verhandlungen ein und bittet, die Diskussion zu beginnen.

Als erster Redner erörtert Kollege Hübsch, daß seiner Ansicht nach die Sache so weit sei, das letzte Wort in dieser Sache zu sprechen und den Zeitpunkt der Verschmelzung festzusetzen. Es haben sich Rixdorf, Berlin I, III, IV für Verschmelzung ausgesprochen. Es sei selbstverständlich, daß alle Brancheneigenheiten berücksichtigt würden. Arbeitsnachweise, Extrastellen bleiben in der Verfassung wie sie sind und werden so lange so bleiben, bis die Beteiligten selbst eine neue Regelung bezw. Umgestaltung wünschen und beschließen.

Kollege Grühl-Kummelsburg erklärt, daß seine Filiale vorläufig einen Vorteil in der Preisgabe ihrer Selbstständigkeit nicht erblicke und deshalb eine abwartende Stellung einnehme.

Kollege Hallmann, Delegierter (Berlin III), stimmt der Einigung zu und betont nochmals die Unantastbarkeit der Extra-Einrichtungen der einzelnen Filialen.

Kollege Silberstein, Posamentierer (Berlin II), führt aus, daß die Posamentierer vor wie nach in ihrer Wehrhaft gegen einen Zusammenschluß sind, obwohl der Vorstand in seiner Gesamtheit dafür eingetreten sei.

Kollege Schabbel, Seiler (Berlin V): Seine Kollegen seien gegen jede Einigung der Filialen. Auch wisse er noch gar nicht, welche Vorteile eine Einigung bringen solle.

Kollege Brillwitz, Stüder (Berlin IV), führt aus, daß die Stüder auf Grundlage ihrer in Nr. 8 des „Textilworkers“ in diesem Jahre abgedruckten Resolution zur Einigung bereit seien. Alle Beteiligten könnten nur gewinnen. Berlin habe über 1200 Mitglieder und eine Einnahme für die Vollkosten aus den den Filialen verbleibenden 25 Proz. von rund 4700 Mk. pro Jahr. Die Zunahme der Kassenbestände in den Filialklassen betrage nur etwa 600 Mk. im letzten Jahre. Es ist also sehr viel Geld aufgebracht worden. Im Gegensaße hierzu sei der Erfolg im großen und ganzen viel zu minimal. Würde Kummelsburg noch mitmachen, so sei mit einer Einnahme für die Vollkosten von rund 6000 (sechstausend) Mark zu rechnen. Damit ließe sich nicht nur ein Geschäftsführer besolden, sondern es sei auch noch für eine träftige Agitation hinreichend Geld vorhanden, ohne daß man Extrabeträge zu erheben brauche. Er erblicke aber, das sage er frei heraus, einen Vorteil in der Verschmelzung nur dann, wenn eine agitatorische Kraft für die Führung der Geschäfte angestellt werde.

Kollege Hübsch stellt den Antrag: „Die heutige kombinierte Sitzung empfiehlt den Filialen den Zusammenschluß per 1. Juli 1905. Die Sitzung empfiehlt ferner den Kollegen der Filialen II und V und auch der Filiale Kummelsburg bis zu diesem Tage die Frage des Zusammenschlusses noch einmal zu erörtern.“

Kollege Treue weist auf den Entwicklungsgang der Organisation seit den achtziger Jahren hin. Damals war es begründlich, daß jede Branche für sich stand. Heute müsse man einen anderen Standpunkt einnehmen. Nach außen mache der gegenwärtige Berliner Zustand einen schlechten Eindruck. Die Filiale I läse sich ebenfalls auf, um einer allgemeinen Filiale Berlin Platz zu machen. Von einem Uebertritt könne demnach keine Rede sein und brauche sich daran niemand zu stoßen.

Kollege Dör trit in längeren Ausführungen für Verschmelzung ein und verweist auf die Schwierigkeiten, die durch das Filialen-System während des letzten Teppichweberstreiks ganz überfülligerweise entstanden sind.

Kollege Jehms erklärt, seinerseits getan zu haben, was möglich gewesen sei, um eine dem Uebertritt günstige Stimmung hervorzubringen.

Es sprechen noch zur Sache die Kollegen Grühl, Masewitz, Silberstein, Müller, Treue und wird vorgeschlagen: im Antrage Hübsch statt 1. Juli 1. Oktober zu setzen. Hübsch ist zu keiner Änderung seines Antrages bereit, da er darin nur eine unnötige hinauszögerung der Sache erblickt und zieht seinen Antrag zurück.

Die Sitzung geht jedoch den Worten des Antrages fest und beschloß mit 12 gegen 6 Stimmen, welche für den 1. Januar 1906 waren, den Zusammenschluß am 1. Oktober 1905 zu vollziehen.

Die Kollegen Treue, Hübsch und Schabbel enthielten sich der Abstimmung.

Bis heute ist mir nun nicht bekannt, ob die Filiale II erneut Stellung genommen hat. Stralau-Kummelsburg hat in einer Versammlung am 22. Juli noch einmal darüber beraten. Ueber dieses Thema dort zu referieren hätte ich gern angenommen. Der Anarchist Frauböse war herbeigeeilt, um die „Selbstständigkeit“ zu retten. Daß es sich um eine Filialangelegenheit handelte, in welche er seine Nase eigentlich gar nicht hineinsetzen durfte, wenn er nicht ab, das bekannte Vieh der ordinären Scharfmacherklasse zu fressen, von den „Beamten“, die von den Beiträgen der Arbeiter leben und denen das proletarische Bewußtsein dann verloren ginge. So was vermagt immer, zumal bei einer Kollegenchaft, welcher schon dadurch auseinandergeleitet worden ist, daß zahlende Kollegen nützlicher sind für die Organisation als bezahlte. Frauböse wird noch ein großes Stück Arbeit leisten müssen, die Stralau-Kummelsburger Kollegen „selbständig“ zu machen. Das zeigt das geradezu jämmerliche Abstimmungs-Resultat. Von 70 bis 80 Mitgliedern stimmten 9 für und 28 gegen einen Zusammenschluß. Bei der übergrößen Hälfte der Erschienenen reichte die „Selbstständigkeit“ nicht einmal bis zur konsequenteren Stellungnahme für oder gegen. Was die Kollegen heute noch nicht kapieren können, wird im Laufe der Zeit die elementare Notwendigkeit ihnen beibringen.

Zunächst hat Stralau-Kummelsburg das Verdienst für sich, eine vollständige Einigung hintertrieben zu haben. Sondernlich Holz brauchen die Kollegen darauf nicht zu sein. Die Einigung wird also am 1. Oktober doch vor sich gehen — ohne Stralau-Kummels-

burg. Nun sind in Kollegentreffen Bedenken ausgetauscht bezüglich der finanziellen Belastung der Filiale I, welche durch den Teppichweberstreik hervorgerufen wurde. Moralisch halte ich die gesamte Kollegenschaft Berlins für verpflichtet, den Webern über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Die Weber haben durch entschlossenes Aus-

harren im Kampfe durch 15 lange Wochen sich in hohem Grade um das Ansehen der gesamten Berliner Textilarbeiter, eine schließlich der in den Vororten, verdient gemacht. Sie haben dafür gesorgt, daß der Textilarbeiter nicht mehr die lächerliche Figur von ehemals ist, und gezeigt, daß hoher Kampfesmut in ihre Reihen eingezo-gen ist, welcher garantiert, daß sie in Zukunft mit jedem Ausbeuter fertig werden — mag er sich auch mit Bergen von „Lumpen“ umgeben. Und um eben dieses Verdienstes willen haben sie ein Anrecht auf wirksame Hilfe der Kollegenschaft. Sicher aber ist, daß die Belastung der Filiale I die Einigung gerade hindern kann noch darf. Sie wird beseitigt werden müssen, damit sie nicht wie ein Alp auf der Bewegung liegt, die gerade jetzt einen neuen Anlauf nimmt in und um Berlin. Es seien nun hier noch einmal die Vorteile eines Zusammenschlusses in aller Kürze dargestellt: Einheitlichkeit in der Agitation und Verwaltung. Einheitlichkeit in Veranstaltungen auf dem Gebiete des Wissens und der Bildung. Vereinfachung des Verfahrens bei Wahlen. Vereinfachung und bessere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise.

Ueber den letzten Punkt sei mir noch eine Bemerkung gestattet. Die Posamentierer, Stüder und Defauteure fürchten für die Existenz der bestehenden Nachweise bei einem Zusammenschluß. Mit Unrecht! Bei gemeinsamer Verwaltung wird ein noch besseres Funktionieren eintreten. Arbeitgeber wandten sich irtümlicherweise schon an den Zentralvorstand um Arbeitskräfte. Zugereisten steht es völlig frei, an der Zentrale sich Reisegeld zu holen und dann Umschau zu halten. Die Zentrale kann weiter nichts tun, als die Reisenden an die Arbeitsnachweise verweisen. Ob aber Stellen offen oder ob der oder jener Betrieb beim Umschauen streng zu meiden ist, weiß der Reisegeldauszahler nicht. Arbeitsnachweis und Reisegeldauszahlung gehören zusammen. Zweckmäßig wäre auch ein Arbeitsnachweis für die Weber. Durch ihn könnten in freiverwendende Stellen Organisierte untergebracht werden. Sind Stellen nicht frei, so kann durch Befragung an die Reisenden im Nachweis wenigstens das unnütze Angebot von Arbeitskräften auf die Arbeitsverhältnisse wirkt, bedarf keiner Auseinandersetzung.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Die Posamentierer, Stüder und Defauteure fürchten für die Existenz der bestehenden Nachweise bei einem Zusammenschluß. Mit Unrecht! Bei gemeinsamer Verwaltung wird ein noch besseres Funktionieren eintreten. Arbeitgeber wandten sich irtümlicherweise schon an den Zentralvorstand um Arbeitskräfte. Zugereisten steht es völlig frei, an der Zentrale sich Reisegeld zu holen und dann Umschau zu halten. Die Zentrale kann weiter nichts tun, als die Reisenden an die Arbeitsnachweise verweisen. Ob aber Stellen offen oder ob der oder jener Betrieb beim Umschauen streng zu meiden ist, weiß der Reisegeldauszahler nicht. Arbeitsnachweis und Reisegeldauszahlung gehören zusammen. Zweckmäßig wäre auch ein Arbeitsnachweis für die Weber. Durch ihn könnten in freiverwendende Stellen Organisierte untergebracht werden. Sind Stellen nicht frei, so kann durch Befragung an die Reisenden im Nachweis wenigstens das unnütze Angebot von Arbeitskräften auf die Arbeitsverhältnisse wirkt, bedarf keiner Auseinandersetzung.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der reichshauptstädtischen Kollegenschaft aller Voraussicht nach weitere organisatorische Aufgaben auferlegt werden durch die Verlegung der Fachpresse nach Berlin. Entschieden ist die Mühlhauser Generalversammlung für Verlegung nach Berlin, so doch in der sicheren Voraussetzung, die beste Waffe die wir haben, die Presse, einer Kollegenschaft in die Hände zu legen, die vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Das zu beweisen hat Berlin jetzt Gelegenheit. Die Kräfte sind auch hier gerade nicht in Uebermaß vorhanden! Die tätigen Kollegen sind in den meisten Fällen außerster mit Arbeit belastet durch den komplizierten Verwaltungsapparat der sieben Filialen. Ganz entschieden aber muß Protest erhoben werden gegen diesen Zustand, sobald die Zentralverwaltung darunter zu leiden hat. Die in der Zentralverwaltung inaktive Ausschuß tätigen Kollegen müssen so wenig mit anderen Arbeiten belastet sein, daß sie gewissermaßen jede Stunde in der Lage sind, sich ihrer hohen Aufgabe zu widmen, die ihnen gestellt wurde, als man sie an die Spitze von 60000 Mann berief. Darf ein Mitglied dieser Körperschaft fehlen bei der Beratung der ernsten Situation, die gegeben ist in dem Augenblicke, wo eine Aussperrung droht, die etwa so viele Tausende betrifft als das fehlende Mitglied in seiner Filialvorstandssitzung Mitglieder vertritt? Darf sich so etwas ereignen? Ich sage nein! Die Schuld liegt hier nicht an den einzelnen, sondern an den Verhältnissen, und diese zu ändern ist die nächste und größte Aufgabe, die Berlin zu lösen hat. Die Kollegenschaft Deutschlands muß nicht nur wünschen, sondern verlangen, daß hier Remedur geschaffen wird. Während des Weberstreiks in Berlin kamen Behinderungen häufig vor. Wird daher nicht baldigt und gründlich aufgeräumt mit den bestehenden Mängeln, so wird es schwer fallen, denen entgegenzutreten, die die Zentralleitung von Berlin weg haben wollen.

und den Willen haben, geregelte Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Aber weit gefehlt! — In der Saison müssen die Arbeiter in zwölf- und mehrstündiger Arbeitszeit so angestrengt schuften, daß ihnen keine Zeit bleibt, über ihre elende Lage nachzudenken, geschweige denn, sich durch geeignete Lektüre aufzuklären. In der geschäftstillen Zeit wiederum ist kein Geld zum Abonnement einer Zeitung vorhanden, der nicht an geistige Ablenkung gewöhnte Arbeiter verfallt in Stumpfheit, wozu der Alkohol den etwa noch nötigen Rest gibt bis die Geschichte von vorn anfängt. Durch eine empfindliche Hungertur genötigt, sucht dieser Arbeiter in der Saison dann womöglich den erlittenen Lohnausfall durch Ueberstunden wieder einzuholen, gemäß dem menschenfreundlichen Unternehmerstandpunkt: „Was, Arbeitsverlängerung? — Die Seele sollen doch froh sein, daß sie mal ordentlich zu tun haben!“ Oder, wie sich ein anderer Markkircher Fabrikant auszudrücken beliebt: „Man darf die Arbeiter nie merken lassen, daß es viel zu tun gibt; sie müssen immer fürchten, daß „aufgearbeitet“ sei, sonst kommen sie mit Lohnforderungen und sonstigen Ansprüchen.“

Diese allgemeinen Bemerkungen auf die in Rede stehenden Färbereiarbeiter bezogen, ergeben folgende tatsächlichen Verhältnisse: Der Normalarbeitstag beginnt um 6 Uhr morgens und endet 7 Uhr abends, mit der üblichen Mittagspause von einer Stunde. Ferner wird zwar auf dem Papiere eine halbstündige Vesperpause gewährt, aber in der Praxis sieht es damit sehr windig aus; denn wenn sich Garn in der Farbe, das heißt in den Bottichen befindet, kommt es darauf an, das zu färbende Material nach der bestimmten Anzahl Minuten wieder herauszunehmen, da gibt es einfach keine Zeit, extra noch zu vespieren, oder der Arbeiter müßte sein Stück Zeit während der Arbeit hinunterwürgen. Das ist aber in der Färberei wirklich nicht zu machen, da die Leute jeden Augenblick in die heiße dampfende Färbeflüssigkeit hineingreifen müssen. Daß die den mit Farbe gefüllten Bottich entströmenden heißen Dämpfe der Gesundheit nicht zuträglich sind, ist so selbstverständlich, daß man wohl nicht erst darauf hinzuweisen braucht.

„Demnach werden die Löhne für diese Arbeiten recht hoch sein?“ könnte ein naiver Leser fragen, und diene ihm daher zur Beruhigung, daß der Durchschnittslohn, hoch gerechnet, 15 Mark pro Woche beträgt, wovon natürlich zunächst einmal die Beiträge für Invaliditäts- und Altersversicherung abgehen. Einzelne besonders tüchtige Arbeiter erzielen allerdings den horrenden Lohn von 16 Mark, aber viele, sehr viele bleiben hinter dem angenommenen Durchschnitt von 15 Mark zurück. Sollte es wirklich jemand geben, der diesen Verdienst eines Familienvaters für auskömmlich hält? Dem kann nur geraten werden, die Probe aufs Exempel zu machen und nach Markkirch zu kommen, wo er durch die hohen Wohnungsmieten und entsprechenden Preise sämtlicher Nahrungsmittel und des Feuerungsmaterials bald eines bessern belehrt werden würde. Nun ist aber ferner zu bedenken, daß der angegebene Durchschnittsverdienst für die Zeit der vollen Beschäftigung gilt; in der „leeren“ Zeit werden für die unfreiwilligen Schichten bezw. Feiertage Vergütungen gewährt in Höhe des halben Arbeitsverdienstes. Der Jahresarbeitsverdienst eines solchen Färbereiarbeiters wird also durch unberechenbare Zufälle ganz wesentlich beeinflusst, und es entwickeln sich Zustände, wie oben ganz allgemein für die Saisonarbeiter gekennzeichnet, denn daß von dem Normallohn von wöchentlich 15 Mark etwas für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit zurückgelegt werden könnte, ist doch einfach unmöglich, da wird eben gehungert, bis die Saison wieder beginnt — der Arbeiter ist ja in dieser Beziehung etwas gewöhnt.

Nun sei nur noch ein Wort gestattet über den oben schon beiläufig erwähnten Alkoholgenuß. Es dürfte unter den in Frage kommenden Arbeitern leider nur sehr wenige geben, welche ihr schweres Tagewerk beginnen, ohne sich vorher durch einen gehörigen Schluß — Schnaps „gestärkt“ zu haben. Daß durch solch unheimigen Alkoholgenuß die moralische und körperliche Widerstandskraft eines Menschen vollständig gebrochen werden muß, ist selbstverständlich und ist es nur dadurch zu erklären, daß sich die Färbereiarbeiter bei ihrer elenden Lage auch noch tätliche Angriffe und körperliche Mißhandlungen gefallen lassen, wenigstens hat sich der Sohn eines Arbeitnehmers mehrfach in dieser unerhörten Weise an „seinen“ Arbeiterern vergangen, und nicht etwa nur gegen jugendliche Arbeiter oder Lehrlinge, sondern auch an alten ergrauten Leuten hat der junge Herr seine Schmeichelei und Prügelwut ausgelassen.

Auf welcher tiefer Stufe müssen die Arbeiter stehen, denen gegenüber der Unternehmer sich das herausnehmen darf! — Aber welche zwar schwierige, aber auch menschlich schöne, hehre Aufgabe ist es für den organisierten Arbeiter, diese elendesten seiner Klassengenossen der berufsmäßigsten Organisation zuzuführen. Wenn auch die Weber in der Markkircher Textilindustrie noch lange nicht in genügender Stärke organisiert sind, so hat die Erkenntnis des Wertes der Organisation doch schon recht tief Wurzel gefaßt, und wird in hoffentlich nicht allzulanger Zeit erfreuliche Erfolge zeitigen, nicht nur auf dem Gebiet des innern Ausbaues und der Festigung der Organisation selbst, sondern auch in der Betätigung nach außen durch Erringung besserer Existenzbedingungen.

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie die gegenwärtige Färbereiarbeiterbewegung im Vogtlande zeigt. (Siehe auch „Markkirch“ unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“.)

Wir empfehlen diesen Artikel allen Färbereiarbeitern zur Lektüre, denn die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Färbereiarbeiter sind überall gleich traurige. Und die Unternehmer sind überall gleich anmaßend und rücksichtslos, wie

man, damit die Arbeitskraft der Familie lange erhalten bleibt, was bei dem jetzigen Verdienst unmöglich ist. Man verlangt auch eine vernünftige bemessene Arbeitszeit, wie sie allgemein sogar von einschlägigen Fabrikanten und Gewerbe-Inspektoren empfohlen wird, von höchstens zehn Stunden und nicht elf Stunden, wie hier allgemein üblich. Heute geht das Gerücht, daß verschiedene Fabrikanten sich mit dem Gedanken tragen, in ihren Betrieben den Zehn-Stunden-Tag einzuführen. Im Interesse des kulturellen Fortschritts wäre das freudig zu begrüßen. Aber mir steigen noch sehr starke Zweifel auf, wenn ich auf die Vergangenheit zurückblende und sehe, wie grade die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit seitens der Textilgewaltigen nicht einmal Antwort, bis auf eine Firma. Nun, wir wollen sehen, wie weit man jetzt geneigt ist, dieser wichtigen Frage näher zu treten. Im September soll ja die Generalversammlung des Verbandes Süddeutscher Textilindustrieller stattfinden, und da wollen wir sorgen, daß sie sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen kann.

Wenn ich nun bedenke, daß endlich die Organisation Boden gewinnt, so will ich in die Arbeiterschaft das Vertrauen setzen, daß sie nunmehr zur Einsicht kommt, daß der einzelne machtlos und der Zusammenschluß in starken Organisationen nur ein Schutz für die Arbeiter sein kann. Wie viel Arbeit ist schon geleistet worden, um Aufklärung zu schaffen? Öffentliche oder Fabrikversammlungen sind einberufen worden - alles vergebens, nichts hat es genutzt, immer waren nur dieselben Gesichter da - und wenn man fragte, wo sind eure Kollegen und Kolleginnen? bekam man zur Antwort: wir können sie nicht mitbringen, so und so viele haben es uns versprochen, aber vielen geht's noch zu gut. Das waren die Antworten. Und heute gedente ich gerade der alten Kollegen, die unentwegt zusammenstanden und nicht verzweifelten. Heute ist der Weg gefunden, sagen sie, jetzt hat man Lust zur Arbeit, und wahrlich, die Arbeit, die geleistet worden ist vom 4. bis 20. Juli, war keine kleine. Tagtäglich wurden Versammlungen abgehalten, Sonntags mitunter, drei Handzettel an den Fabriken wurden in der Frühe, zu Mittag und am Abend verteilt. Und der Erfolg? Es übertraf uns Staunen über Staunen. Wo kommen die Leute her? So was hatte man noch nicht gekannt. Ueberfüllte Versammlungen überall und statt die einzelnen für große Betriebe wiegen 800 Personen und noch mehr auf. Und der Erfolg? Augsburg kann sich heute jeder großen Filiale ebenbürtig an die Seite stellen. Ich kann ruhig sagen: Augsburg hat sich an die erste Stelle sämtlicher Filialen gestellt. Verraten wollen wir die Zahl der Organisierten noch nicht, denn das Scharmachertum braucht sie nicht zu wissen; denn wenn man die Stärke des Gegners nicht kennt, ist die Ungewißheit sehr beunruhigend.

Als ich nun am Schluß meiner Agitation in der Vertrauensmännerführung ein Resümee sämtlicher Versammlungen gab, auch die Verhaltensmaßregeln zur weiteren Agitation und die Zahl der gewonnenen Mitglieder bekannt gab, da leuchtete es auf den Gesichtern der älteren Kollegen, und mancher hat mir stumm die Hand gedrückt zum Zeichen der Anerkennung. Keiner hatte gedacht, daß so etwas möglich sein würde. Hoffen wir nun, daß diejenigen, die jetzt noch der Organisation fernstehen, bald den Weg zu ihr finden werden. Nichts darf uns trennen. Wir gehören als Arbeiter zusammen, um uns gemeinsam gegen Rechtslosigkeit und Unterdrückung zu wehren. Geht doch das Gerücht, daß eine allgemeine Absperrung der Textilarbeiter kommen werde, sobald Forderungen gestellt würden. Auf Grund dieses Gerüchtes sah sich doch die Direktion der Nähmaschinenfabrik Göppingen veranlaßt, folgende Bekanntmachung zu erlassen:

Bekanntmachung

Entgegen diesen umlaufenden unfotografierbaren Gerüchten, daß unsere Arbeiter in diesem Monat oder überhaupt ausgesperrt würden, erklären wir hiermit, daß

1. unser Establishement weder dem Verband der Süddeutschen Textilindustriellen noch sonst einem Arbeitgeberverbande angehört und daher

2. durch die von dort ausgehenden Beschlüsse nicht berührt, also

3. eine Absperrung unsererseits nicht nur nicht bevorsteht, sondern auch in keiner Weise beabsichtigt ist.

Göppingen, den 8. Juli 1905.

Noch interessanter ist aber, daß die Direktion nun gegen den Einberufer einer Fabrikversammlung klagbar vorgehen will, weil als Thema der betreffenden Versammlung angegeben war: „Darf man dem Anschlag der Direktion Glauben schenken?“

Die Direktion will also vor Gericht den Nachweis führen, daß sie keine Absperrung beabsichtigt und den Arbeitern dadurch beweisen, daß sie nicht notwendig haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren; denn die Firma fürchtet nicht mit Unrecht, daß der von ihr beliebten Scheuderfonturerez, gegen die sich erst kürzlich andere Firmen in der Presse gewandt haben, durch die Organisation der Arbeiter Einhalt geboten werden könnte.

Im übrigen hat die Direktion der genannten Fabrik ihren Arbeiterschuttsrat zugegeben, daß eine Absperrung der Textilarbeiter sicher kommen werde! Und das genügt den Textilarbeitern, mit Hochdruck am Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Möge sich nun die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation im gesamten Süddeutschland, speziell in Bayern, Bahn brechen, mögen die andern Filialen und Zahlstellen sich zur Agitation und Organisation rufen, ich bin gern bereit zu helfen, wo es nur möglich ist. Oberfranken, besonders Hof, möge dem Beispiel Augsburgs folgen. Auch dort muß der Ausbau der Organisation vollzogen werden. Haben wir Augsburg und Hof gewonnen, dann wird die Arbeit eine leichtere sein, und die kleineren Orte werden sich dann diesen würdig anreihen. Schwere Arbeit wird es noch kosten, aber vergeblich keiner den Revers, der den Metallarbeitern vorgelegt wurde, auf die Organisation zu verzichten. Wer weiß, ob man uns in Zukunft nicht auch das Recht der Koalition rauben will. Das können wir nie und nimmer zugeben! Darum hinein in die Organisation! Nur sie verschafft den Arbeitern, was ihnen von Rechtswegen zusteht. Nur diejenigen, welche gemeinsam ihre Interessen vertreten, werden etwas erreichen, der Alleinstehende geht verloren.

B. Brüggemann, Nürnberg.

Was brauchen wir zunächst?

In der Beilage des Fachblattes Nr. 27 steht ein Artikel „Mehr Bildung!“ Es hat mich sehr gefreut, daß dieser Artikel erschienen ist, denn er enthält recht lehrreiche und nützliche Winke für uns. Wenn sie nur genügend beachtet würden! Daß das nicht der Fall ist, veranlaßt mich auch einmal, meine Meinung darüber zu äußern. Unter andern wurde die Beteiligung an den Diskussionsabenden gemahnt, wo solche abgehalten werden, damit man sich die nötigen Kenntnisse zum Sprechen aneignen könnte. Es ist nur sehr zu bedauern, daß nicht überall Diskussionsabende abgehalten werden, denn es ist doch Hauptbedingung, daß die Mitglieder reden lernen; wie sollen sie denn sonst agitieren? Trifft man es doch noch häufig an, daß die Vorstände einer Filiale nicht einmal eine kleine Rede halten können! Wie ist es ihnen da möglich, Agitation zu treiben? Darum ist meine Ansicht, daß für jede Filiale Diskussionsabende nicht nur zu empfehlen, sondern zu befehlen seien, natürlich vom Hauptort aus. Denn wer tatsächlich Agitation treibt, wird wissen, wie schwer die Menschen aufzuklären und vorwärts zu bringen sind. Das beste Beispiel haben wir an der Arbeiterschaft in Weingarten. Halten es nicht für nötig, sie auszuführen. Da nun diejenigen, welche es wirklich ernst mit der Wucht nehmen, neue Mitglieder zu

werben - natürlich jeder nach seiner Art - an Zahl gering sind, so brauchen wir uns nicht zu wundern, daß so herzlich wenig erreicht wird. Meiner Ansicht nach müßte die Frage einmal genau geprüft werden und wenn der Vorstand sie bejaht, müßte er anordnen, was zu geschehen habe, und jedes Mitglied müßte seine Anordnungen befolgen. Im Interesse des ganzen Verbandes wünsche ich, daß die Sache einmal energisch in die Hand genommen wird, denn es ist das Wichtigste und zugleich Allerwichtigste, was wir brauchen. Zum Schluß rufe ich allen Kollegen zu: „Wartet nicht die Indifferenten, sondern erweckt sie zum Bewußtsein!“

Mitteilungen aus Fachreisen.

Ansbach. Am 21. Juli fand im Saale des „Rüchensgartens“ eine allgemeine Textilarbeiterversammlung statt, welche vom dortigen Gewerkschaftsamt einberufen war. Der Besuch war für die dortigen Verhältnisse gerechnet ein guter. Die Ausführungen des Kollegen Brüggemann fanden allseitigen Beifall, ebenso die Worte Fräulein Grünbergs, die diese an die Frauen und Mädchen richtete. Am Schlußwort legte Kollege Brüggemann die Vorteile des Verbandes dar. Es konnte zur Gründung einer Zählstelle geschritten werden; zirka 30 Personen ließen sich in die Organisation aufnehmen. Bravo! Hoffentlich wächst die Filiale so, daß sie den hiesigen Textilarbeitern bald Nutzen bringen kann.

Marbach i. C. Die Bewegung der sächsisch-thüringischen Textilarbeiter zur Erlangung eines Lohntarifes findet ungeteilte Aufmerksamkeit und sorgliche Beachtung in den Kreisen der elbischen, speziell Marbacher Textilarbeiter, und das mit Recht; denn gerade die sogenannten „Marbacher Artikel“ sind diejenigen, worin Sachsen-Thüringen nicht nur erfolgreich als Konkurrent auftritt, sondern in einzelnen Spezialitäten die Marbacher Industrie noch übertrifft. Wenn es nun für die Arbeiter des sächsisch-thüringischen Textilindustriellenbundes noch eines Nachweises bedürfte, daß sie bezüglich der angebotenen Tarifbestrebungen mit ihren elbischen Brüdern und Berufskollegen Hand in Hand gehen müssen, so wäre dieser Nachweis erbracht durch das Vorgehen der Unternehmer selbst, welche sich seit einem halben Jahre etwa zusammengeschlossen haben unter dem Namen „Sächsisch-thüringische und elbische Fabrikantenvereinigung“ und welche, was wohl die Hauptsache ist, erreicht haben, was sie wollten, ohne Kampf, nur durch ihre Einigkeit. Wägen sich alle der Organisation noch fernstehenden Arbeiter ein Beispiel nehmen an dem Auftreten der Unternehmer; die Marbacher Arbeiter werden in den bevorstehenden Verhandlungen ev. Kämpfen den sächsisch-thüringischen Kollegen gern die Führung überlassen, da diese doch wohl besser organisiert sind und auch durch die absolute Masse der in Frage kommenden Kämpfer einen größeren Druck ausüben können. Wägen sich diese Zeilen dazu beitragen, die Marbacher Textilarbeiter zu veranlassen, sich fester und zuverlässiger der Organisation anzuschließen, möchten sie aber auch andererseits die sächsisch-thüringischen Arbeitsbrüder in ihrer Kampfesfreude stärken und in ihrem Willensfesten aufmuntern, wenn sie sehen, daß das, was sie zu erreichen besträbt sind, nicht nur ihnen selbst zu gute kommt, sondern auch den Klassenossen im weitestlichen Zirkel des Reiches, wo ein großer Teil der Arbeiter infolge kapitaler Verdrummungspolitik und chauvinistischer Hegelei eine Klassenlage noch nicht erkannt hat und in selber oft allzuwilliges Ausbeutungsobjekt bildet. - Hoch die Solidarität!

Mehingen. Da es nicht möglich ist, in einer Versammlung die Abrechnung vom 2. Quartal den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, so geschieht es an dieser Stelle. Einnahme: Kassenbestand vom vorigen Quartal 13,44 Mk., 101 Eintrittsgelder 20,30 Mk., Beitragsmarken à 20 Pf. 255,90 Mk., Beitragsmarken à 20 Pf. 49,20 Mk., Summa 348,84 Mk. Ausgabe: Krankenunterstützung 5 Mk., Agitation 1,08 Mk., sachliche Ausgaben 5,40 Mk., sonstige Ausgaben 7 Mk., Bewaltung 36,61 Mk., an die Hauptkasse gefandt 254,13 Mk., Summa 309,22 Mk., somit Kassenbestand 39,62 Mk. Von diesem Kassenbestand ist noch der Beitrag für das Agitationskontenbuch und für das Kartell pro 2. Quartal im Betrage von 20,80 Mk. in Abzug zu bringen. Mitgliederzahl am 30. Juni: männliche 87, weibliche 38, zusammen 125. Mit dem im 3. Quartal am Redaktionsort aus dem Einzelretene beträgt der Mitgliederstand 154. Die Kasse wurde von den drei Kassieren geprüft und Geld sowie Wertgegenstände für richtig befunden. Den Mitgliedern möchten wir ans Herz legen, die kleine Mühe nicht zu scheuen und die für das 3. Quartal auszugebenden Fragekarten zur Arbeitslosenversicherung pünktlich und gewissenhaft auszufüllen, damit nicht wieder ein so jämmerliches Resultat heraus kommt wie im 2. Quartal, wo 8 ganze Stück eingingen. Zeigt einmal, daß auch die Schwaben etwas können, vielleicht verehrt uns dann Kollege Köffel doch noch seinen Orden.

Die Ortsverwaltung.

Bransche. Mitglieder! Erscheint alleamt in der am 6. August stattfindenden Monatsversammlung!

Gera. Bei den Wahlmännerwahlen zum Vertrauensauschuss der Arbeiterschaft in den Textilfabriken in Gera und Ronneburg siegte die Liste des Textilarbeiterverbandes. In Gera kamen auf dessen Kandidaten von 2781 Wählern 2634 Stimmen, auf die des christlichen Verbandes 48. In Ronneburg war eine gegnerische Liste nicht aufgestellt. - Die Fabrikanten werden also mit organisierten Arbeitern auf jeden Fall zu unterhandeln haben.

Glauchau. Eine öffentliche Versammlung am Mittwoch beschaffte sich mit dem gegenwärtigen Färbereitritt. Kollege Bretschneider-Gera referierte über die Bedeutung dieser Bewegung nicht nur für Glauchau-Meerane, sondern auch für Gera, Greiz und die Textilorte des Vogtlandes. Er führte ungefähr aus: Gera, Greiz und das ganze Vogtland blühe mit Stolz und froher Erwartung auf den Ausgang des Kampfes der Glauchau-Meeraner Färberei. Die Sympathie der Geraer Kollegen sei den Ausständigen gewiß; das beweise schon, daß die Geraer Kollegen aus Solidarität die Ueberstunden verweigerten und sich lieber auf das Pflaster werfen ließen. Auch in Zukunft würden sie sich weiter solidarisch verhalten, und wenn es zur Absperrung kommen sollte. Ein Sieg der Glauchau-Meeraner bedeute einen Sieg des ganzen Vogtlandes. Welche geringe Meinung die Geraer Unternehmer von ihren Arbeitern hätten, beweise ein Ausspruch eines der größten Unternehmer, Louis Hirsch: „Wer 13,50 Mk. pro Woche erhält, muß mindestens Meister sein.“ Die Weigerung der Unternehmer, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen, sei umso mehr zu verurteilen, als dieselben vor mehreren Jahren eine 25 prozentige Erhöhung der Färbepreise bei den Webereibesitzern durchsetzten. Sie begründeten die Erhöhung der Preise damit, daß sie ihren Arbeitern auch mehr Lohn zahlen müßten. Die 25 Proz. Zuschlag hätten sie zwar eingestellt, ihren Arbeitern aber keinen Pfennig mehr gezahlt. Darum würden auch die Webereibesitzer sich hüten, den Färbereibesitzern jetzt zu Hilfe zu eilen. Nur an den Arbeitern liege es, ihren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. An Mitteln fehle es nicht, selbst wenn der Kampf längere Zeit, auch über ein Vierteljahr dauern sollte. Auch die Geraer Webereibesitzer seien zu besserer Einsicht gekommen. Auf die eingereichten Forderungen hätten sie den Arbeitern anheimgestellt, eine Lohnkommission zu wählen, die in Zukunft auch als Schlichtungskommission zu fungieren habe. Auch hätten die Unternehmer einen Lohnstarif ausgearbeitet, der eine 10 bis 15proz. Lohnerhöhung bedeute. Hier würde also wahrscheinlich ein Kampf vermieden werden. Allgemeiner Beifall wurde dem Redner zu teil. In der Diskussion wurde das Verhalten des hiesigen „Tageblattes“ ins rechte Licht gesetzt. Ferner wurde von einem Redner noch erklärt, wie viel Mühe es mitunter koste, wenn die Arbeiter eine Abstellung von Mißständen oder eine Neueinrichtung vom Unternehmer verlangen. Wenn jedoch hoher Besuch angemeldet sei, dann ließen es sich dieselben Unternehmer auch mal etwas kosten. Da werde alles in bester Ordnung verkehrt, koste es, was es wolle. Abneigung aufzuheben, hätten dieselben aber kein Geld. Die Färberei werde eben hinstemlich betrieben. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch Vorgesetzten würden getauft. Im Schlußwort gab der Referent seiner Freude über die Aussprache Ausdruck. Er meinte, wenn er das in Schläfen, aber kernigen Worten ausgesprochen hätte, dann würden die Unternehmer wieder sagen, er als Agitator

verhebe die Arbeiter. In diesem gerechten Kampfe sei aber die äußerst gedrückte Lage der beste Agitator. Mit einer Aufforderung an die Streckenden zum Aushalten und an die übrigen Anwesenden zur moralischen und finanziellen Unterstützung der Kämpfenden schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gütersloh (Weiß). Seit dem Streik in der Weberei der Firma Strenger hier selbst haben sich die Arbeitsverhältnisse im genannten Betriebe bedeutend gebessert, und daß sie sich nicht wieder verschlechterte, dafür hat die dortige Arbeiterschaft zu sorgen dadurch, daß sie auch in Zukunft trenn zur Organisation hält und nicht eher ruht und rastet, bis sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind. Nunmehr fühlen wir uns veranlaßt, uns einmal mit der Firma Grewe & Güth etwas näher zu befassen. Die dortigen Arbeitsverhältnisse sind derartige, daß es sich schon lohnt, dieselben einmal etwas näher zu beleuchten. Schon vor einigen Wochen sollte für diesen Betrieb eine Fabrikbesprechung abgehalten werden, die uns aber leider vereitelt wurde, denn erstens hatte der eine Firmeninhaber, Herr Güth, die Arbeiter vorher genügend eingeschüchtert, und dann drohte uns die Polizeibehörde mit Auflösung der Besprechung, da dieselbe nicht angemeldet sei; unserm Erachten nach ein unberechtigtes Vorgehen seitens der Behörde, da unsern Wissens Fabrikbesprechungen nicht der Meldepflicht unterliegen. Ob die Firma die Polizei als Schutzwahl anrufen wollte, konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen. Wie wenig nun diese Firma auf die Gesundheit ihrer Arbeiter Rücksicht nimmt, hat sie letzters wieder bewiesen. Wie uns mitgeteilt wird, besteht in diesem Betriebe schon seit Jahren die 11stündige Arbeitszeit. Nunmehr hat die Firma mit Hilfe des Fabriktraktanten-Vorstandes die Arbeitszeit wiederum verlängert, so daß die Arbeiter jetzt 11 1/2 Stunden, einschließlich der Pauszeit, arbeiten müssen. Von seiten der Firma wurde diese Maßregel damit begründet, daß die Leute jetzt doch wohl nichts auf dem Acker zu tun hätten. Wie fürsorglich. Hier müßten wir doch fragen: Weiß denn die Firma nicht, daß eine Arbeitszeitveränderung der Arbeiterschaft 14 Tage vorher mitzuteilen ist, ehe sie in Kraft tritt? Und wie kommt der Traktanten-Vorstand dazu, einer solchen Maßregel seine Zustimmung zu geben, ohne vorher mit der Arbeiterschaft Rücksprache zu nehmen? Denn Tatsache ist, daß die Mehrzahl der Arbeiter gegen die längere Arbeitszeit ist. Ist das vielleicht der Dank für das Vertrauen, das ihnen von seiten der Arbeiter geschenkt worden ist? An der Arbeiterschaft liegt es, daß bei der nächsten Traktantenwahl Männer gewählt werden, die etwas mehr Verständnis haben für das Wohl und Wehe des Arbeiters. Neben der langen Arbeitszeit besteht in dieser Weberei noch in hohem Maße das Bier-Stuhl-System, doch davon später einmal. Leider sind die Arbeiter noch zu indifferent, so daß man diesen Zuständen nicht entgegenzutreten kann. Die angebliche Harmonie zwischen Arbeit und Kapital besetzt die Leute noch zu sehr. Eine Arbeiterschaft, die noch Anspruch auf das Prädikat Mensch macht, müßte gegen solch lange Arbeitszeit energisch protestieren. Es ist wirklich an der Zeit, daß der 10stündige Arbeitstag reichsgesetzlich eingeführt wird, damit solch skrupelloser Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ein Ziel gesetzt wird. Der Arbeiterschaft von Grewe & Güth aber rufen wir zu: „Schließt euch dem Deutschen Textilarbeiterverbande an, dann seid ihr auch in der Lage, euch menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu erringen.“

Lauban. Die geringen Löhne, welche in unsern Textilfabriken gezahlt werden, zeitigen im Sommer stets einen großen Wechsel der Arbeiter. Jede Gelegenheit, ein paar Groschen mehr zu verdienen, wird wahrgenommen. Ist es doch keine Kleinigkeit, bei den hohen Lebenspreisen für Lebensmittel die Familie reell durchzubringen. Besonders oft wechseln die Weber bei S. Fränkel. Aus allen Richtungen der Windrose, ja aus Oesterreich kommen sie, um bei S. Fränkel glücklich zu werden. Doch sie kommen, gehen und gehen wieder. Von den hiesigen Webern wird der Betrieb gemieden. Ist doch der Abzug bei den Jacquardmaschinen von über 1 Mk. pro Stück noch nicht rückgängig gemacht. Die Firma sucht bei gutem Lohn und ausreichender Beschäftigung Weber und Weberinnen durch Anschlag am Fabrikator als auch durch Annoncen in hiesigen und auswärtigen Zeitungen. Was ein guter Lohn ist, wird individuell sehr verschieden beurteilt. Hält man nach Ansicht der Arbeiter einen auskömmlichen Lohn für einen guten, so haperts bei S. Fränkel damit. Es war in vielen Fällen den unterverehrateten Burtschen nicht möglich, wöchentlich die 8 Mk. Logisgeld zu verdienen. Was fängt aber einer mit den paar Mark an, wenn er Familie hat? Die Bibel sagt zwar, daß es Art der Heiden sei zu fragen: „Was werden wir essen, was sollen wir trinken, womit werden wir uns kleiden?“ Dieser billige Trost kann aber den Weber nicht glücklich machen, und in dieser Hinsicht verzichtet er darauf, glücklich zu sein. Der Laubaner Weber sucht also einen auskömmlichen Lohn, und der ist meist nur auf der leinernen Ware zu erzielen. Auf Halbseinen und Baumwolle reichs selten zum Sattessen. Wird einmal ein Pfah frei, wo noch etwas verdient wird, so ist derselbe sehr schnell von den Einheimischen besetzt. Wer also aus der Ferne nach Lauban kommt, um sich zu verbessern, wird bald gewahr, daß er sich verbößert hat, und schiebt wieder los oder tritt zu anderer Arbeit über. Klug ist jeder, der sich vorher von der Weber fuchenden Firma schriftliche Garantien geben läßt. Zur Kontrolle kann er dann auch die Angaben über den Lohn durch die Filiale des Verbandes, prüfen lassen. Es wird ihnen dann Klarheit darüber werden, welches Lgs in Lauban seiner wartet. Auf eine Anfrage aus Sorau teilte die Firma S. Fränkel folgendes mit:

„Auf Ihr gestriges Schreiben erwidere ich Ihnen, daß in meiner Weberei 15-20 Weber und Weberinnen sofort und in nächster Zeit Beschäftigung finden können, und zwar sowohl auf Schaff- und Jacquardstühlen, als auch auf platten Stühlen. Der Arbeitsverdienst ist bei zwei schmalen Handtuchstühlen zirka 9 Mk. pro Woche, für Weber, die drei Stühle bedienen, die Hälfte mehr. Weber, welche zwei Schaffstühle bedienen, auf denen Taschentücher - zwei Tücher in der Breite - gearbeitet werden, verdienen 12-15 Mk. pro Woche. In meiner Weberei werden nur gute Garne verarbeitet, so daß also gute, fleißige und geübte Weber obigen Lohn bequem erreichen können. Antritt kann bald erfolgen.“

Die Mühe, welcher dieser Brief der Firma S. Fränkel verurtheilt, war erfolglos. Sind die Garne bei der Firma jetzt so haltbar, daß 12-15 Mk. verdient werden können, so braucht Herr Fränkel nicht einen Pfennig für Arbeitergehälter auszugeben, dann nennen ihm die Laubaner Weber das Kontor ein. Bisher war die Haltbarkeit der Garne auf verschiedenen Stühlen mit geringer Ware derartig, daß ein Weber, der bei zwei Stühlen stand, doch nur mit einem wehen konnte. Hatte er die Fäden an dem einen gestrippt, so war der andre wieder zum Ausrüden. Die Beschäftigung hielten die Weber für sich als keine lohnende und zogen ab. Wir zweifeln aber auch daran, daß es für die Firma lohnend ist, wenn nun nach 1 1/2 jährigem Betriebe immer noch 20 Weber Unterkommen finden können. Sollten das alles keine guten Weber gewesen sein, die da ihre Papiere abgaben und nach kurzem Probieren wieder zurückkehrten? Ein Teil der Weber arbeitet heute noch in andern hiesigen Webereien und hält dort aus. Wie müßig muß der Weber sein, der drei Stühle in Betrieb hält, wenns bisher bei zweien schon schwer hielt. Wir sind sicher, falls S. Fränkel den alten Lohnsatz auf den Jacquardmaschinen wieder zahlt, wird er sehr bald mit Webern verlorat sein.